

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 5. Oktober 1920
10. Jahrgang Nummer 20

Erste Ausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 4,00 Mk. Kassapreis: Die schmalste Wählzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsausweis 6 Pf., Kassapreis: Die dreifache Wählzelle oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Expedition 6 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Landes-Expedition: Breslau 10, Krennauer Straße 50, Telefon 580 89. **Post-Expedition:** Breslau 544, Krennauer Straße 50, Telefon 239 02. **Expedition des Reichsverbandes:** von 12-18 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Glatz, Wilhelmstraße 26, Telefon 4066. **Wettin:** Smitz, Telefon 2884. **Verlag:** von 9-19 Uhr, Reichsverband am Hauptverlagort Breslau. — **Verlag:** Glatz, Reichsverband am Hauptverlagort Breslau. — **Verlag:** „Der Rote Stern“ Berlin, Krennauer Str. 50.

Der erste Einzeichnungstag!

Gute Anfangsergebnisse in schlesischen Industrieorten — Die Doppelner Gewerkschaften ziehen geschlossen zum Einzeichnungstotal

Breslau, 4. Oktober.

Der gestrige erste Einzeichnungstag in Breslau veranlaßte KPD. und KZB. zu wirkungsvollen Demonstrationen vor den Eintragungsbüros. Arbeitertrupps zogen geschlossen in die Einzeichnungsbüros. In Oppeln beteiligten sich die Gewerkschaften geschlossen an einem Demonstrationsszug und zeichneten sich dann in die Listen für das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer ein.

Ämtliche Zahlen über die Einzeichnungen am ersten Tage liegen noch nicht vor. Das bürgerliche Pressebüro meldet:

„Am heutigen Mittwoch lagen auch in allen schlesischen Städten die Eintragungslisten für das von der kommunistischen Partei Deutschlands beantragte Volksbegehren „Panzerkreuzerverbot“ aus. Die Eintragungen waren insbesondere in den Orten mit regerer industrieller Bevölkerung am ersten Tage nicht unbeträchtlich.“

Alle Arbeiter, Angehörigen, Beamten, werktätige Bauern müssen in diesen Tagen durch die Einzeichnung ihre Stimme gegen den Panzerkreuzerbau und gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen erheben. Keinen Moment für die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion! Statt Panzerkreuzer Rinderpöhlungen und Wohnungen für die Armen in den schlesischen und ober-schlesischen Grenzgebieten! Zeigt der vereinigten Front der Admirale, Generale, der Hinden-

burg- und der Panzerkreuzerregierung mit samt ihren Parteien eure Geschlossenheit zum härtesten Kampf gegen die Panzerkreuzerpolitik!

In Berlin

Trotz strömenden Regens machtvolle Kundgebungen

(Eig. Bericht) Berlin, 4. Oktober.

Gestern abend fanden in den 21 Bezirken — trotz des strömenden Regens — sehr machtvolle verlaufene Demonstrationen zur Einleitung des Volksbegehrens statt. Mit zahlreichen KZB.-Kapellen und Transparenten vollzog sich der Aufmarsch.

Die spalterbildende Bevölkerung begrüßte oft durch kühnliche Zurufe die Ausschreiter der Transparente: „Nun erst recht für den Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau!“ „Alles bereit zum Schutz der Sowjetunion!“ „Gegen Panzerkreuzer — für Wohnungsbau und Rinderpöhlung — für das Volksbegehren!“

In den Kundgebungen wiesen die Redner auf die vom Reichsbanner verübten Morde in Gerschicht hin. Das Gebächnis an unseren ermordeten Kameraden Russell gestalte sich zu einem neuen Treuebekenntnis zur kommunistischen Partei.

Die wichtigen Kundgebungen des gestrigen Abends in den 21 Bezirken Groß-Berlins bildeten einen neuen Ansporn für Zehntausende von Berliner Arbeitern, sich mit aller Kraft für den Sieg des Volksbegehrens einzusetzen.

Wie kann der Bergarbeiterstreik in Niederschlesien gewonnen werden?

Breslau, den 4. Oktober.

Mit großer Einmütigkeit haben die niederschlesischen Bergarbeiter den Kampf aufgenommen, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Diese Forderungen sind außerordentlich gering. Fünfzehn Prozent Lohnerhöhung, die gefordert werden, sind in Markt ausgedrückt, für die Dauer 1,10 Mark pro Schicht, für die übrigen Arbeiter bedeutend weniger. Bei den erbärmlichen Löhnen, die in Niederschlesien gezahlt werden, und der ungeheuren großen Not der Bergarbeiter, kann selbst die vollkommene Erfüllung dieser Forderungen nicht einmal als ein Tropfen auf den heißen Stein bezeichnet werden.

Die oppositionellen Kameraden haben darum auch auf der Reviertagung am 19. August ganz eindeutig die Forderung der Bezirksleitung des Verbandes als zu niedrig bezeichnet und herlanat, daß unter allen Umständen gefordert werden müsse: 20 Prozent der Ruhröhne auch für den niederschlesischen Bergmann. Da im Ruhrgebiet der Tariflohn für Bauer 9,60 Mark beträgt, bedeutet die Forderung der Opposition, daß der Tariflohn für Bauer in Niederschlesien von 6,70 auf 8,64, oder um 1,94 Mark erhöht werden sollte, dementsprechend auch die übrigen Löhne. Die Opposition hält auch heute an dieser Forderung fest und betont, daß sie erfüllbar ist und im Kampfe durchgesetzt werden kann.

Die Reviertagung hat diese Forderung der Opposition abgelehnt und die von der Bezirksleitung vorgeschlagene Forderung von 15 Prozent angenommen. Die Opposition hält, wie schon gesagt, diese Forderung zu niedrig. Sie ließ und läßt auch heute keinen Zweifel darüber, daß auch die restlose Erfüllung dieser Forderung nur im Kampfe möglich ist. Die Verhandlungen haben gezeigt, daß die Opposition recht behalten hat. Die Tränenröhen von Hindenburg und Severing, die bei ihrem Besuch im Waldenburger Kohlengebiet die unaquiescierende Haltung anerkennen mußten, haben nicht vermocht, die kapitalistischen Machthaber zur Anerkennung und Erfüllung der Lohnforderungen der Bergarbeiter zu bewegen. Nicht einmal zu dem geringsten Entgegenkommen.

Diese Umstände haben auch die Führer des Bergarbeiterverbandes gezwungen, dem Drängen der Mitalliierten nachzugeben und den Streik zu proklamieren. Die Bergarbeiter sind dem Ruf zum Streik bis auf den letzten Mann gefolgt. Das genügt aber nicht, es müssen auch alle Maßnahmen getroffen werden, um dem Streik den vollen Erfolg zu sichern. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Zustimmung zum Streik nicht geben, um die berechtigten Forderungen restlos durchzusetzen, sondern nur zum Streik greifen, wenn sie keinen anderen Ausweg mehr sehen, um die Embörung der Arbeiter abzulenken. Darum sucht die Gewerkschaftsbürokratie auch während des Streiks nach Kompromissen und ist jederzeit bereit, bei dem geringsten Entgegenkommen der Unternehmer den Streik abbrechen. Der Streik der 70 000 mitteldeutschen Braunkohlen-Bergarbeiter im Oktober des vorigen Jahres ist hierfür ein typisches Beispiel.

Die Hindenburg-Bergarbeiter müssen diese Gefahr sehen, und alle Maßnahmen treffen, um zu verhindern, daß der Kampf mit einem faulen Kompromiß beendet wird. Schon heute ruft die sozialdemokratische Presse nach einem Eingreifen durch den Staat, das bedeutet, daß man das Eingreifen des Schlichters verlangt, um die Beendigung des Kampfes durch einen Zwangsschiedsbruch herbeizuführen. Das darf nicht geschehen! Die Lohn- und auch die übrigen Forderungen müssen durchgesetzt werden, auch gegen einen Zwangsschiedsbruch. Das bedingt aber, daß die Bergarbeiter eine Reihe Voraussetzungen schaffen, um den Streik auch gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch weiter führen zu können, auch gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer des Verbandes. Es besteht kein Zweifel, daß die Führer des KZB. und des Gewerkschaftsbundes sich jede dem Schiedspruch unterwerfen, die Streikführung aufgeben und den Streik abbrechen werden. Die Bergarbeiter müssen darum ihre eigenen Organe zur Führung des Streiks schaffen.

Die streikenden Belegschaften müssen sofort Stellung nehmen und Streikleitungen aus den Belegschaften heraus wählen. In diesen Streikleitungen müssen alle Arbeiter ohne Unterschied der Organisation, durch ihre besten, besten

Restlose Kapitulation der GPD.

Sie überlassen die Straßen des „Roten Wiens“ den Faschisten

Wien, 3. Oktober.

Die Sozialdemokratische Partei hat gegen das Verbot der sozialdemokratischen Aufmärsche am 7. Oktober Rekurs an die österreichische Landesregierung, die aus vier christlich-sozialen Bauernbündlern und zwei Sozialdemokraten besteht, eingereicht. Die Landesregierung, die heute zusammgetreten ist, hat folgenden Beschluß gefaßt: „Die sozialdemokratische Kundgebung darf nicht stattfinden, wenn sich die Sozialdemokratische Partei den ursprünglichen Wünschen der Polizei nicht fügt, d. h. den Heimwehren den von diesen für sich beanspruchten Teil von Wiener Neustadt vollständig räumt.“

Die Aufhebung des Verbots ist also mit einer Unterwerfung unter den Aufmarschplan der Faschisten erlaubt worden.

Was diese Unterwerfung bedeutet, hat vor einigen Tagen die „Arbeiter-Zeitung“ selbst festgestellt, die ausdrücklich darauf hinweist, daß ein Verzicht auf den für die Heimwehren beanspruchten Hauptplatz eine Auslieferung der Stadt an die Heimwehren bedeuten würde.

Der Bundeskanzler Seipel hat die Heimwehrführer Steidle und Priemer wieder zu einer Beratung eingeladen, nachdem diese vorher eine längere Konferenz mit dem Polizeipräsidenten Schöber hatten. Es handelt sich offensichtlich um Sicherung der militärischen Zusammenarbeit am 7. Oktober. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Aufhebung des Verbotes des Arbeiteraufmärsches am 7. Oktober in Wiener Neustadt unter dem Druck der auch äußerste erregten Arbeitermassen erfolgt ist. Weder die Regierung noch die Sozialdemokratie wagen die Verantwortung für spontane Kundgebungen der Arbeiterschaft unter Nichtbeachtung des Verbots auf sich zu nehmen.

Die Erregung ist so ungeheuer, daß nach übereinstimmenden Meldungen bürgerlichem Bürgertum in Wiener Neustadt bereits Vorbereitungen trifft, um seine Frauen und Kinder in Sicherheit zu bringen. Es wird damit gerechnet, daß die Arbeiter schon am Samstag im ganzen Industriegebiet die Arbeit niederlegen und sich in den Straßen ansammeln werden, um den Aufmarsch der Heimwehren zu verhindern.

In dieser Situation bietet sich die österreichische Sozialdemokratie dem Bürgertum wieder als Helferin der Not an. Sie erklärt sich bereit, den Heimwehren die erscheidenden Bezirke der Stadt zu überlassen und die Arbeiterdemonstrationen auf einen kleinen Stadtkreis zu beschränken.

Mit diesem Beschluß vollzieht die Sozialdemokratie die restlose Kapitulation vor der Reaktion.

Die Wiener „Rote Fahne“ erneut beschlagnahmt

Wien, 3. Oktober. Die „Rote Fahne“ wurde heute wegen eines Aufsatzes, der die kommunistische Lösung der Bewaffnung des Proletariats hegündet, worin die Staatsanwaltschaft das „Verbrechen der Aufreizung zum Bürgerkrieg“ erblickt, wieder beschlagnahmt.

Die Kampffront gegen den Panzerkreuzerbau wächst!

Das Volksbegehren marschiert! — Immer mehr Organisationen rufen auf!

Der Reichsausschuß für Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau Berlin, Roststraße 73, erhielt von der Welt-Jugendliga (Verband Deutschland) folgende Zuschrift:

„Werte Genossen! Im Auftrage unserer Organisation teile ich Ihnen unsere Stellungnahme zum Volksbegehren mit und überlasse Ihnen die evtl. Verwendung des Beschlusses. Er lautet: Die Reichskonferenz der Weltjugendliga, Verband Deutschland, empfiehlt ihren Mitgliedern dringend, sich in die Listen für das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau einzutragen. Sie wird gegen jede Aufzählung entschieden Stellung nehmen und die Propaganda gegen den Panzerkreuzer energisch unterstützen. Der WJL ist es ihrer Struktur nach nicht möglich, sich als Gesamtverband dem „Reichsausschuß für Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau“ anzuschließen. Sie stellt es ihren Ortsgruppen frei, sich örtlich zu beteiligen.“

Die Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer und Volkslehrerinnen e. V., Provinzverband Berlin, schreibt dem Reichsausschuß:

„Werte Genossen! Gemäß Beschluß unserer Mitglieder-Versammlung vom 22. erklären wir unseren Beitritt zu dem Berliner Ausschuß für Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau. Mit freigelegtem Gruß.“

Der Bund der Kriegsdienstgegner, Deutscher Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner, schreibt:

„Der Bund der Kriegsdienstgegner hat auf seiner letzten Ausschußsitzung beschlossen, sich dem Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau anzuschließen. Er wird seine Mitglieder auffordern, sich in die Listen einzutragen und energisch dafür zu werden.“

bewußtesten und zur Fortführung des Kampfes bis zum Siege bereiten Kameraden vertreten sein. Diese Streikleitungen der einzelnen Belegschaften müssen zusammengefaßt werden zu dringlichen und zu einer Bezirksstreikleitung. Nur wenn diese Voraussetzung geschaffen wird, kann eine Sabotage des Kampfes durch die reformistischen Führer verhindert, der Kampf bis zur restlosen Erfüllung der berechtigten Forderungen geführt werden. Darüber hinaus ist notwendig:

1. Alle Maßnahmen zu treffen zur ausreichenden Unterstützung der Streikenden, auch der Unorganisierten. Die Streikleitung muß sofort Sammlungen halber gesamt Arbeiterchaft und Bevölkerung durchzuführen, um die Mittel aufzubringen zur Unterstützung der Streikenden. Die Bergarbeiterverbände dürfen nicht nur an die Organisierten, sondern müssen auch an die unorganisierten Kameraden Streikunterstützung leisten.

2. Die vorläufige Bezirksstreikleitung, die sich nur aus angehenden Gewerkschaftsführern zusammensetzt, hat die Durchführung der Kohlenarbeiten zugelassen. Was sind aber Kohlenarbeiten? Die weit erstreckten sich die Kohlenarbeiten? Wie und berichtet wird, ist eine Anzahl Kokerien noch im Betriebe. Die Grubenverwaltungen versuchen, die Beamten zu Kohlenförderungen zu veranlassen, um mit der geförderten Kohle die Kohlenproduktion aufrechtzuerhalten. Geschieht das weiter und werden die Kokeriarbeiten als Kohlenarbeiten betrachtet, dann ist der Streik nur ein halber und läßt für die Grubengewaltigen ein längeres Durchhalten zu. Darum: Einstellung auch der Kokeriarbeiten. Als Kohlenarbeiten können und dürfen nur zugelassen werden die Bedienung der Pumpen und die Fütterung der Grubenpferde. Wo die Grubenverwaltungen die Beamten zur Arbeit heranziehen, da können diese auch die Pumpen bedienen und die Pferde füttern, anstatt Streikbrecherarbeit zu leisten.

3. Die niederschlesischen Bergarbeiter stehen im Streik um sie herum, in Oberschlesien, in Mitteldeutschland, in Sachsen, im Ruhrgebiet aber werden Kohlen gefördert. Diese Kohlen kommen ins niederschlesische Gebiet und ermöglichen den niederschlesischen Kapitalisten ein längeres Ausbarren im Kampf und ein Niederschlagen der streikenden Bergarbeiter. Das kann nur wirksam verhindert werden durch gleichzeitige Maßnahmen des Kampfes auch in diesen Kohlenbezirken, nicht nur aus Solidarität, sondern auch um die eigenen Forderungen durchzusetzen. Die Bergarbeiter Waldburgs müssen darum sofort die Aufnahme des Kampfes auch in den anderen Kohlenrevieren fordern. Solange das nicht geschieht, muß ein Kampfband mit den Eisenbahnern und Transportarbeitern geschaffen werden, um zu verhindern, daß Streikbrecherkohle in das niederschlesische Gebiet transportiert wird.

4. Die Unternehmer wollen ein Kompromiß auf der Grundlage der Kohlenpreiserhöhung. Sie wollen an der Not und dem Kampf der Bergproleten noch besonders verdienen. Die Gewerkschaftsführer sind zur Kohlenpreiserhöhung bereit. Das Ruhrgebiet und Mitteldeutschland sind dafür Beweise. Kohlenpreiserhöhung hat die Verteuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter zur Folge. Darum muß sie abgelehnt werden. Durchsetzung der Forderungen ohne Kohlenpreiserhöhung muß die Lösung der niederschlesischen kämpfenden Bergarbeiter sein!

Das hier aufgezeigte ist das mindeste, was zur Sicherung des Sieges der kämpfenden Arbeiter notwendig ist. Nur wenn das geschieht, kann der Sieg garantiert werden!

Landtag beschlußunfähig

Ergebnis deutet die Schandtat der Gummiküppelhelden

Berlin, 3. Oktober.

In der gestrigen Landtagssitzung wurden vorwiegend kleinere Vorlagen behandelt. Beim Bericht des Hauptausschusses über die Geschäftsbücher der Bergwerksgesellschaft Reddinghausen und Hibernia drangerte Genosse Piel die Entlassung von Bergarbeitern an und Genosse Schubert charakterisierte die Ausbeutung der Kumpel. Bei der Abstimmung über den Antrag, die Eidenstundensicht unter Tage einzuführen, stellte sich die Beschlußunfähigkeit des Landtags heraus. Es wurde eine zweite Sitzung

anderaumt, in dieser erfolgte die Beratung über einen Beschluß des Hauptausschusses, den kommunistischen Antrag über die Ueberfälle der Berliner Schupo auf Rote Frontkämpfer (Vorgänge am Ringkonnabend vor dem Roten Treffen) abzulehnen. Erstinstanz hielt eine provozierende Rede, in der er die Schandtat der Polizei verteidigte und die Rote Frontkämpfer beschimpfte.

Der Bericht unserer Fraktion über diese Sitzung lag bis Schluß der Debatte noch nicht vor. Wir veröffentlichen ihn morgen.

Zum Fall Osterloh

Die sozialdemokratische Presse behauptet, daß der frühere Sekretär des Bezirks der SPD. Nordwest, Osterloh, wegen Unterdrückung von Parteigeltern ausgeschlossen worden wäre, und daß die Bezirksleitung Bremen in einem Geheimschreiben dies den Funktionären mitgeteilt hätte. In dem betreffenden Rundschreiben, das die sozialdemokratische „Bremer Volkszeitung“ veröffentlicht, wird Osterloh unpünktlich, erst auf Aufforderung erfolgte Ablieferung von mitgegebenen Geldern aus dem Bezirk vorgezogen. Es handelt sich, wie aus einer Mitteilung der Bezirksleitung Bremen in der „Bremer Arbeiterzeitung“ vom 3. Oktober hervorgeht, um Summen von 10 bzw. 42 Mark. Auch diese Tatsache beweist wieder einmal nur, mit welcher eisernen Strenge die kommunistische Partei gegen jeden Vorgeht, der sich an Parteigeltern, und sei es, daß es sich um die kleinsten Summen handle, vergeißt.

131000 Mark unterschlagen, aber weiterhin Mitglied der SPD.

Berechtigte Empörung herrscht in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter Münchens über die in den letzten Tagen bekanntgewordene Tatsache, daß der sozialdemokratische Bezirksvorstand von Oberbayern bisher abgelehnt hat, den früheren Gauleiter des Landarbeiterverbandes, Georg Wurbeck, der sich schwerer Unterschlagungen als Vorsitzender des Klein-Wohnungsbaureins München schuldig machte, aus der SPD. auszuschließen. Die bisher bekanntgewordene Summe, die Wurbeck in der kurzen Zeit von einem Jahre an sich brachte, beträgt 131000 Mark. Wie weiter bekannt wurde, ist der größte Teil dieser Summe von Wurbeck in Weingelagen mit seinen sozialdemokratischen Freunden und durch Gewährung von Darlehen an ebenfalls wegen Unterschlagungen und Betrügereien aus Arbeiterorganisationen ausgeschlossenen Sozialdemokraten draufgegangen. — Aber Erhardt Auer und die Claqueur um ihn lassen ihren Freund und Schützling Wurbeck nicht fallen.

Eine Zobluchsepidemie

Um das neue Luftschiff

Man glaubt, Deutschland in ein neues Irrenhaus verwandelt zu sehen. Tagelang weiß die bürgerliche Presse nichts anderes zu berichten, als von der „heerischen Lat“, der „glänzenden Leistung“ und ähnlichen Lächerlichkeiten des Zeppelin-Rummels zu quasseln.

Nachdem das Luftschiff Berlin überflogen hatte, ist es über Sachsen, Bayern nach Friedrichshafen zurückgekehrt und dort glatt gelandet. Am Montag soll die Amerikafahrt beginnen.

Bei dem imperialistischen Zeppelin-Rummel kann auch die SPD-Presse nicht fehlen. Im „Abend“ veröffentlicht der sozialdemokratische Reichstagspräsident Lohse einen begeisterten Bericht über seine Fahrt, die er vor wenigen Tagen mit dem neuen Luftschiff unternommen hat. Bei der Fahrt über Berlin warf, wie die republikanische Presse meldet, das Luftschiff einen Postbeutel ab, der mit einer langen schwarzen Fahne versehen war. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß der Bau des Zeppelins nur durch Zuschüsse des Reichsverkehrsministeriums ermöglicht werden konnte, das zum Bau des Luftschiffes eineinhalb Millionen Mark aus Steuergeldern für den Bau des „Graf Zeppelin“ zur Verfügung gestellt hat. Ein teurer Spaß. Aber wenn es der national imperialistischen Aufhebung der deutschen Bevölkerung gilt, ist ja keine Summe zu hoch.

Volksbegehren-Demonstration in Hamburg verboten!

Neue Schändlichkeit des sozialdemokratischen Volksheerführers.

II. Hamburg, 2. Oktober. Die von der kommunistischen Partei aus Anlaß des Volksbegehrens für Dienstagabend geplanten Umzüge sind vom Hamburger Senat verboten worden.

Dieses Verbot des Hamburger Koalitions-Senats — ein freches, echt „demokratisches“ Willkürakt gegen das Volksbegehren! — hat den sozialdemokratischen Volksheerführer Schönlank zum Vater.

II. meldet aus Romno . . .

Eine Schwindelmeldung zu den Hamburger Vorgängen

Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse bringt eine Meldung der „Relution“ aus Romno (I), in der u. a. behauptet wird, der „Untersuchungsausschuß der Komintern“ habe die „Untersuchung gegen Thalman abgebrochen“, der Spruch werde auf einen Verweis hinauslaufen sowie auf das „Verbot der Bekleidung verantwortlicher Posten während einiger Jahre“.

Diese Meldung, die die SPD-Presse in einer Aufmachung verbreitet, die sie als durchaus verlässlich erscheinen läßt, ist von A bis Z erfunden. Ueberflüssig zu sagen, daß man in Romno über die Tätigkeit der Komintern keine anderen Informationen besitzt als in Berlin, und daß die von Riga, Romno, Warschau usw. datierten Meldungen der antibolschewistischen Telegraphenagenturen von der englischen antibolschewistischen Nachrichtenzentrale fabriziert werden. Die Entscheidung des CKI wird, sobald sie gefällt wurde, direkt der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Alle bis dahin kolportierten „Informationen“ sind, wie die Entscheidung es beweisen wird, glatt aus den Fingern gezogen. Daß die Entscheidung der höchsten Instanz der kommunistischen Weltpartei nicht nach den Wünschen der Sozialverräter und der ultralinken Renegaten ausfallen wird, kann schon heute mit Gewißheit gesagt werden.

Kleine Nachrichten

Raubüberfall im D-Zug Hamburg-Leipzig. — II. Leipzig, 3. Oktober. In dem D-Zug Hamburg-Leipzig, der heute früh 6,25 Uhr in Leipzig eintraf, wurde in einem Abteil zweiter Klasse in der Nähe der Station Hirschau ein schwerer Raubüberfall auf einen Reisenden verübt. Der Ueberfallene, ein Direktor Ferrard, der nach Leipzig unterwegs war, konnte noch die Notbremse ziehen. Ehe jedoch der Zug zum Stehen gebracht werden konnte, war der Täter aus dem Wagen gesprungen. Man fand ihn mit schweren Verletzungen an der Straße. Es handelt sich um den 20 Jahre alten in Bitterfeld wohnenden Kurt Mosella.

Im Streit seine Mutter erstochen. — II. Wejermünde, 4. Oktober. Im Stadteil Lebe geriet der 51jährige Rentempfänger Dreher mit seiner Mutter in Meinungsverschiedenheiten. Im Verlaufe des Wortwechsels brachte er seiner 70jährigen Mutter mit einem Taschmesser mehrere Stiche in den Hals bei. Trotz der schweren Verletzungen flüchtete die Frau in die Küche einer Mitbewohnerin, wo sie nach wenigen Minuten starb. Der Täter wurde festgenommen.

Ueberschwemmung in Wembley. — II. London, 4. Oktober. In der Nähe von Wembley, einem Vorort von London, plagte in der vergangenen Nacht ein Hauptwasserrohr, wodurch die unteren Stockwerke von etwa 20 Häusern überflutet wurden. Das Wasser stand in den Straßen meterhoch und konnte erst nach achtstündiger Arbeit der Feuerwehr abgeleitet werden.

Achtung! Beauftragten

der Kommunistischen Partei Deutschlands, des Roten Frontkämpferbundes, des Kommunistischen Jugendverbandes und der Ausschüsse für den Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau

müssen auf Wunsch Auskünfte über den Fortgang der Eintragungen gegeben werden.

Solche Auskünfte können nicht abgelehnt werden, weil unsere Beauftragten sich rechtzeitig vergewissern müssen, ob noch Eintragungslisten nachzuliefern sind.

Erotik und Spionage in der Etappe Gent

von Heinrich Wandt (Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

Ich werde einen solchen Widerstand mit allen Mitteln, über die ich verfüge, zu brechen wissen!

Ich erlaube Sie, um die Gefahren, die sich aus solch einem Verhalten ergeben, zu vermeiden, morgen, den 8. September, vormittags 9 Uhr, unter dem Schutze der weißen Fahne in mein Hauptquartier zu Dordegem zu kommen.

Ich werde Ihnen dann die Bedingungen bekanntgeben, bei deren Erfüllung ich darauf verzichten werde, gegen die Stadt Gent, die der Sammelplatz für Bürgerwachen, das heißt für bewaffnete Bürger, ist, Gewalt anzuwenden.

Sollten Sie meiner Aufforderung, zu mir zu kommen, nicht nachkommen, so werden Sie die Folgen zu tragen haben.

von Böhn.

Bisier erzählt noch, man hätte ihn auf Ehrenwort verpflichtet, diesen Befehl schleunigt auszuführen und mit oder ohne Antwort zurückzuführen, falls er nicht bei seiner Wiedereingetretung, der er doch nicht entgegen könne, an die Wand gestellt werden wolle.

Bürgermeister Emil Braun, der sich sofort mit dem Schöffenskollegium beratschelt, fährt am anderen Morgen in seinem Kraftwagen und in Begleitung des genannten Lüttichers nach Dordegem hinaus, um dort persönlich zur Stelle zu sein und, wie es heißt, mit dem vor den Lören stehenden General Böhn die Besetzung Gents zu besprechen.

Diese Verhandlung wird anfangs in Französisch geführt und dann in Deutsch fortgesetzt. Der feindliche Oberbefehlshaber verzichtet auf die angebotene Besetzung der Stadt, aber er verlangt, daß ihm Gent gegen Bezahlung in Gutscheinen spätestens bis zum Abend um 6 Uhr 50000 Kilogramm Salz, 200000 Zigaretten, 1000 Flaschen Mineralwasser, 400 Meter Verbandstoff, 100 Fahrräder, 10 Motorfahrzeuge, eine Anzahl Automobilbestandteile, eine größere Menge Sublimattabletten und weiteres noch näher zu bestimmendes Versorgungsmaterial, widrigenfalls er die Stadt unter schweres Geschützfeuer nehmen lassen will.

Er erklärt zum Schluß der Unterredung, daß er Gent, das keine Feindseligkeiten gegen ihn unterkommen hätte, nicht noch weitere

Lasten auferlegen wolle und daß er den Kriegsgefangenen Wiser in Freiheit setze und er nichts dagegen habe, wenn derselbe mit dem Herrn Braun nach der Stadt zurückkehre.

Ganz Gent sieht inzwischen im Geiste seinen Bürgermeister schon erfüllt, und das im Rathaus vollzählig versammelte Schöffenskollegium harret seiner gleichfalls in banger Erwartung.

Um so größer ist nun die Freude, als er gesund und wohlbehalten wieder auftaucht.

Der Bürgermeister gibt sofort die Abmachung bekannt und läßt sie auch gleich der tausendköpfigen Menge mitteilen, die sich draußen auf dem Petermarkt schnell ansammelt und ihm eine begeisterte Ovation darbringt.

Die Nachricht, daß die Deutschen die Stadt nicht besetzen, wird brühwarm weitergetragen und löst überall, wo sie bekannt wird, eine tolle Freudenlandung aus.

Ein böser Zwischenfall droht indessen den Erfolg dieser Unterhandlungen zu vereiteln und die Stadt vor neue und noch größere Gefahren zu stellen: Ein Kraftwagen der Deutschen, von zwei Mann besetzt, von denen der eine das Geschütz lenkt und der andere das Gewehr schußbereit in den Händen hält, fährt nach Gent hinein, um im Rathaus einen Befehl des Generals von Böhn abzugeben.

Aber die beiden Russtoten, die sich in dem Gewirr der Straßen nicht auskennen, fahren anstatt ins Stadttinnere die Lammerz- und Sint-Pieters-Kreuzstraßen herauf zum Sint-Pieters-Klein.

Dort halten sie an, und da wird ihnen von dem sich rasch um sie anjammeln den neuerlichen Bürgern erklärt, daß das Stadthaus gerade in der entgegengesetzten Richtung liegt.

Als die Soldaten Bescheid wissen, fahren sie die Sint-Pieters-Kreuzstraße zurück, aber an der Ecke der Lammerzstraße begegnet ihnen zufällig das mit einem Maschinengewehr besetzte Auto des belgischen Leutnants Kerwyn, der auf einer Erkundung begriffen ist und von den zwischen den Deutschen und der Stadt Gent getroffenen Abmachungen noch keinen Schimmer besitzt.

Das auf der Straße herumstehende Volk ruft: „Nicht schießen!“, aber der Offizier macht trotzdem sein MG. schußfertig und brüllt ab.

Der größte Teil der Ladung geht zum Gläd durch eines der großen Fenster des neuen Gemeinderathshauses „Booruit“ und schlägt dort ein Loch in die Wand. Aber ein Schuß trifft den einen Deutschen in den Hals.

Der belgische Leutnant fährt eilends davon, und einige Bürger tragen den Verwundeten nach dem im nahen Institut Kerfjode eingerichteten Lazarett.

Der andere Deutsche wird einstweilen von der Polizei in Obhut genommen, und zur gleichen Zeit geht man den Bürgermeister Braun auf dem schnellsten Wege von diesem fatalen Zwischenfall in Kenntnis.

Er fährt sofort in die Pollepelstraße, um dort nach dem verwundeten Feldgrauen zu sehen, und dann rast er in seinem Kraftwagen und in der Gesellschaft des amerikanischen Bizekonsuls Van Hee, der später bis zu der Kriegserklärung der USA mit den deutschen Offizieren der Etappe Gent die größten und schamlosesten Schiebergeschäfte tätigt und zugleich für die Alliierten in sehr gefährlicher Weise spioniert, zum General von Böhn hinaus, um das leicht furchbar verhängnisvolle Ereignis auszuklären und zu verhindern, daß die unschuldige Stadt seinetwegen das entsetzliche Schicksal Gents teilt.

Van Hee wohnt just an der betreffenden Strakenede und hat den Vorfall mit eigenen Augen angesehen. Er setzt dem zornigen deutschen Oberbefehlshaber, der anfangs durchaus der Meinung ist, daß seine beiden Soldaten von Bürgern angefallen worden seien und dafür Gent unter schweres Granatfeuer nehmen will, unter Eid, auseinander, daß sich das unglückliche Zusammenreffen so abspielte, wie es der besorgte Bürgermeister schildert, und daß kein Zivilist daran beteiligt war.

Von Böhn läßt sich schließlich überzeugen, aber dies dauert sehr lange, und die Stadt, die drei Stunden lang wegen des Schicksals ihres Oberhauptes erneut in Hangen und Wangen schwebt, ist bereits wieder von den schlimmsten Gerüchten erfüllt.

Bestimmte Leute wollen schon wissen, daß Herr Braun „nach bekannter deutscher Methode“ kurzerhand süffigiert worden sei, und es nun auch nicht mehr lange ansetzen werde, bis die schweren deutschen Granaten die Stadt in Trümmer legen würden.

Endlich, nach fünf Uhr nachmittags, fliegt die frohe Kunde durch die Stadt, daß der Bürgermeister zurückgekehrt ist. Man sieht es ihm an, daß er zufrieden ist, und er wird wieder sehr freudig bewillkommen, als er vor dem Portal am Petermarkt zusammen mit dem amerikanischen Bizekonsul aus seinem Kraftwagen steigt.

Tausende von Frauen und Männern lassen ihn begeistert hochleben, als er rasch die große Treppe, die zum Stadthaus führt, hinaufschreitet, um dem Schöffenskollegium und den Journalisten den Erfolg seiner neuen Unterhandlungen mitzuteilen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Baumgärtel, für „Gepöckelkasten“ und „Berichte im Kampf“ und „Ländereigen“ Arthur Ziemann, für „Berichte“, „Schütz“ und die übrigen Beilagen Friedrich Gölla, sämtlich in Dresden. Für den literarischen Teil Theodor Keller, Giebich. — Für Illustrationen: H. G. G. G. G.

So sieht ein Kronzeuge des „Volksblattes“ aus!

Leute, die ihre Kollegen betrügen und bestehlen, werden in der SPD. freudig begrüßt, wenn sie gegen die Kommunisten hehen — Eine Lüge, eine „Berichtigung“ und ihr Zweck

Zu dem Artikel „Kommunistensumpf“, den das „Volksblatt“ vor einigen Tagen brachte und dessen Schwundhaftigkeit von uns bereits gefestigt dargelegt wurde, wird uns noch von einem Genossen geschrieben:

Dass sich in dem sozialdemokratischen Korruptionslager alles Korruptionsgefindel, das aus Gründen der Sauberkeit von der SPD. herausgeworfen wird, zusammenfindet und dort wohlwollend aufgenommen wird, ist der Arbeiterschaft von Hindenburg schon längst bekannt. So ist auch der Artikelsschreiber ein durch und durch korrupter Geselle. Nach dem Hinauswurf aus der SPD. hat er sich bei der SPD. angemeldet, um dort Schmutzschüssel gegen die SPD. ausgeben zu helfen.

Wir wollen nun der Öffentlichkeit bekanntgeben, mit welchem „Gefahren“ sich die SPD. eingelassen hat. Wir werden beweisen, daß der Betreffende ganz gut mit seiner Verbrecherlaufbahn in dieses Lager hineinkam. Damit es nicht heißt, daß die SPD.-Genossen am Orte nicht wissen, wer diesen Ungeheuer geschrieben hat, so wollen wir hier den Namen nennen. Der Korruptionshelb heißt Blachnigki. Diesem Kerl ist es als Knappschaffsältester wohl nicht mehr möglich, die Arbeiter und Gewerbetreibenden auszubehuten, so daß er glaubt, unter Zuhilfenahme der SPD. seine korrupte Tätigkeit fortzusetzen.

Nach unseren Feststellungen hat Blachnigki monatelang die Gewerbetreibenden des Bäder- und Fleischerhandwerks ausgebeutet, von ihnen größere Geldbeträge herausgeholt und vorgebogen, ihnen zu der Lieferung ihrer Waren an das Knappschaffsamt in Kollitzky zu verhelfen.

Die Geldtragenden, Fleischermeister Kocynil und Bäckermeister Langer in Kollitzky, werden unsere Angaben bestätigen können. Aber nicht nur Blachnigki allein, sondern noch andere SPD.-Größen sollen sich an dieser Korruption beteiligt und sich den Gewerbetreibenden als Direktoren der Knappschaffsamt vorgestellt haben. Blachnigki begnügt sich da nicht allein mit dem, was man ihm gibt, sondern er fordert es an oder nimmt es selbst, was ihm in die Hände fällt.

Der Invalide Jendreczel vom Dörfelde hat diesbezügliche Erfahrungen mit Blachnigki gemacht. Derselbe hat ihn zur Vertretung in die Knappschaffsamtverwaltung zur Erreichung seines Invalidenvorschlusses nach Gleiwitz mitgenommen und hat auch an diesem Tage das Gewünschte erreicht. Nun war wieder für Blachnigki eine Gelegenheit da, sich auf Kosten anderer vergnügt und lustig zu machen. Als letzte Bestille vor der Abfahrt aus Gleiwitz wurde Scobel aufgesucht, wo Blachnigki die Gelegenheit benutzte,

seiner schon angetrunkenen Kollegen die Taschenuhr zu nehmen.

Er bot sie gleich den Gästen zum Kauf an. Wenn nicht der Bestohlene hinzutreten wäre und seine Uhr erkaufen hätte, so wäre er derselben verlustig gegangen. Weil Blachnigki dieser Griff nicht gelang, so ging er dazu über, seinem Kollegen die Uhr zu verkaufen. Die Frau des Bestohlenen suchte darauf mit Tränen in den Augen die Wohnung Blachnigkis auf, um sich über den Verlust des Geldes ihres Mannes zu erkundigen. Sie konnte nur durch die Frau Blachnigki 50 Mark, die sich in den Taschen des Blachnigki „verlaufen“ haben, von der gestohlenen Uhr zurückbekommen.

Und so eine Sorte von Menschen nimmt sich der sozialdemokratische Korruptionsstall zu Hilfe, um gegen die SPD. zu Felde zu ziehen. Nur gut, daß die Arbeiter von Hindenburg ihren Schwindel sowieso nicht glauben. Sie wissen, daß sie einzig und allein von der SPD. ehrlich vertreten werden, die jedes unandere Element rücksichtslos aus ihren Reihen entfernt, und auch nicht einen Tölpelmann anders behandeln, wenn er sich irgendwie vergangen hat.

Wir geben weiterhin den wahren Tatbestand der in Frage kommenden Funktionärshaltung der Öffentlichkeit bekannt: Es ist eine Lüge, zu behaupten, daß die Funktionäre der SPD. zwecks Aufstellung der Kandidaten zur Knappschaffswahl beim Genossen Blome zusammengekommen sind. Richtig ist es, daß sie zu einer wichtigeren politischen Frage Stellung genommen haben, und zwar zum Bau des Panzerkreuzers. Nach Schluß der Sitzung gerieten die beiden Genossen Kudel und Lachetta in einen persönlichen Streit, was selber bei jedem lebendigen Menschen vorkommt, und gar keinen Wert hat, einen solchen Krach in der Öffentlichkeit hervorzurufen. Die Gewerkschaftsböden schämen sich selbst ihrer schmutzigen Kampfweise und haben unaufgefordert eine demagogische Berichtigung mit der Überschrift: „Den Anschluß nicht zu verpassen“ in der Nr. 229 des Hindenburg „Tageblatts“ zur Veröffentlichung gebracht.

Dem Berichtigungsschreiber raten wir von vornherein, mehr auf sich zu achten, damit er nicht den Anschluß verpasst. Was eigentlich das Schmeicheln der beiden Genossen Gwozdj und Kudel bedeutet, wird einem klar, wenn man hört, daß damit nur ein Keil zwischen die SPD.-Funktionäre getrieben werden soll. Gewiß sind die beiden Genossen gute Gewerkschaftler, sie lassen sich aber niemals durch Anjämmerung von verschiedenen Demagogen für die verräterische Politik der SPD. für Wirtschaftsdemokratie und Bürgerfrieden gewinnen. Sie sind mit jeder Kampfart einverstanden, Hauptsache, daß sie im Interesse der Klasse und nicht im Interesse der Ausbeuter liegt.

Gegen die Betrugsmanöver der NAB.-Bürokratie

In der Bergarbeiterversammlung am 23. September in Jaborka-Dorf gab Genosse Gwozdj, der von der NAB.-Bürokratie aus durchsichtigen Zwecken als Kandidat zu den Knappschaffswahlen aufgestellt wurde, folgende Erklärung ab:

Die Aufstellung der Kandidaten zu den diesjährigen Knappschaffsältestenwahlen geschah nicht nach dem Willen der Verbandsmitglieder der Grubenanlage der Berginspektion 2. Die dazu einberufene Mitgliederversammlung am 2. d. M. ist durch die Leitung mit Absicht in die Irre gezogen worden, so daß es zu keiner Aufstellung durch die Mitglieder gekommen ist. Am Dienstag, dem 4. September, tagte im Betriebsratsbüro des Westfeldes eine Funktionärssitzung, in welcher die Vorschläge beschlossen wurden.

Die Bezirksleitung hat in der Bezirkskommissionssitzung vom 6. September die Vorschläge abgelehnt und nach eigener Ermessen die Kandidaten aufgestellt. Die Bezirkskommission hat neben ihren Vorschlägen auch mich für den Sprengel 4 als Kandidat aufgestellt. Weil ich in diesem Sprengel nicht beschäftigt bin, erachte ich es für notwendig, die Kandidatur abzulehnen. Wie sich die diskontinuierliche Liste im Betriebe auswirken wird, werden die Wahlen erst zeigen. Unter diesen Umständen ziehe ich meine Zustimmungserklärung als Kandidat zurück und beantrage, von der Liste gestrichen zu werden.

Damit ist ein Manöver der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zur Täuschung der oppositionellen Arbeiter gescheitert.

Hindenburg

Der „Retter“ verhöhnt die Notleidenden

Der Reichspräsident hat an Oberbürgermeister Dr. Lulajchewski nachstehendes Dankschreiben gerichtet:

Ehrer geachteter Herr Oberbürgermeister! Nachdem meine Schleierreise zu einem gewissen Abschluß gelangt ist, möchte ich Ihnen auch auf diesem Wege nochmals herzlich danken für die freundliche Begrüßung und Aufnahme, die ihm am Montag in Ihrer Stadt gefunden habe; zugleich bitte ich Sie, Ihre Mitbürger wissen zu lassen, daß ich für alle Zeichen freundlicher Gekommung, die ich in Hindenburg empfangen habe, herzlich dankbar bin. Ich habe aus allem, was ich bei Ihnen sah und hörte, die Überzeugung mitgenommen, daß die Stadt Hindenburg ihre Notzeit erfolgreich überwunden hat, und sich auf dem Wege der Gesundung und des Aufstiegs befindet. Meine herzlichsten Wünsche begleiten hierbei die Stadt und alle ihre Bewohner! Mit freundlichen Grüßen! v. Hindenburg.

Wohlführende Phrasen sendet der Pate seinen „Kindern“. Während Not und Elend in den Arbeiterfamilien steigt, spricht Paul von Hindenburg von ihrer Überwindung. Die Proletariatskämpfer — Tuberkulose — grafiert immer stärker. Kinderelend und Säug-

lingssterblichkeit sind der traurige Stadtmessier der „Leberwindung“ der Notzeit. Die wertvollen Schichten empfinden die Marie des „Retters“ als eine Verhöhnung und weisen auf solche Phrasen. 30 000 Mark (wer weiß, ob nicht noch mehr Steuergrößen verbubelt wurden) kostete den Steuerzahlern dieser Stunden den Gast. Nur die Kommunisten lehnten im Stadtparlament die Bewilligung der Gelder ab und forderten, daß man dafür Winterfahrkarten für die Hilfsbedürftigen anschafft. Proleten! Bei den nächsten Wahlen rechnet mit euren Feinden, den Betrügern, ab!

Soziale Anträge der Kommunisten im Stadtparlament

Ausbau der Schulkinder-Speisungen — Erhöhung der Fürsorge-Unterstützungssätze

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat folgende Anträge eingebracht:

- 1. Die Schulkinder-Speisungen von 3100 auf 5000 Portionen zu erhöhen. Die Speisungen haben auch während der Ferientage zu erfolgen.
2. Die Unterstützungen der Armenfürsorge-Empfänger um 30 Prozent und die der Klein- und Sozialrentner um 15 Prozent erhöht zur Auszahlung zu bringen.

Die Erhöhung tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung, vor allem der kinderreichen Familien, wird ein großes Licht auf diese bürgerlich-kapitalistische „Ordnung“. Wieviele Mütter können ihren Kindern ein warmes Frühstück nicht reichen? In den Volksschulen gibt es massenweise Kinder, die ohne Frühstück zur Schule gehen müssen. Der Lohn des Ernährers reicht nicht aus, um alle hungrigen Mäuler zu sättigen. Noch ärger liegen die Verhältnisse in den Familien der Fürsorge-Unterstützungsempfänger, der Arbeitslosen.

Wenn Stadtverordnetenversammlung und Magistrat Behntausende von Mark für Hindenburg-Rummel und Feste bewilligen, so müssen erst recht Mittel für die hungrigen Schulkinder vorhanden sein.

Die durch das Wohlfahrtsamt Unterstützten führen ein Dasein des Elendums. Die Höhe, die an die Ortsarmen, Klein- und Sozialrentner gezahlt werden, können als Verleppung bezeichnet werden, wenn man gegenüberstellt die Pensionen der Offiziere und hohen Beamten.

Die Anträge der Kommunisten müssen die lebhafteste Unterstützung aller Werktätigen finden. Gegen Panzerkreuzerbau — für Schulkinder-Speisungen — für ausreichende Unterstützungen!

Sehr wichtig!

Alle Parteigenossen sowie die Kameraden des NAB. und die Sympathisierenden, die ein Fahrrad haben, melden sich am Sonntag früh 6.30 Uhr zur Landpropaganda auf dem Reiterplatz. Erscheinen ist Pflicht.

Karl

Vor dem frühen Lichte geriet. Der Kutscher des Stellenbesetzers Nikolaus Madajski aus Karl fuhr mit seinem an den Wagen gespannten Pferdchen in den Teich bei Dambrowa, um sie dort zu tränken. Ohne Kenntnis, daß der Teich zwar leicht anhängt, aber unermittelt über mehrere Meter tief in die Tiefe geht, trieb er die Pferde in den Teich hinein und versank plötzlich mit Pferd und Wagen in die Tiefe. Angefaßt des nahen Todes rief er verzweifelt um Hilfe. Hierdurch wurden der Zimmerhauer Pilot aus Karl und der Kriminalbeamte Golo mbel aus Lechnowitz, die sich gerade auf einem Fiß im anderen naheliegenden Teiche befanden, aufmerksam, ließen sofort hin und retteten den Kutscher mit seinem Pferdchen sowie den Wagen.

Oppeln

Beim! Die öffentliche Versammlung!

Am Freitag, um 19.30 Uhr, findet in der „Erholung“ eine öffentliche Versammlung des Einheitskomitees zur Durchführung des Volksstreikes statt. Es spricht der ehemalige Chefredakteur der Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ und jetzige Bezirksleiter der kommunistischen Partei, Genosse Pannier aus Gleiwitz. Alle Zeitungsläser werden ersucht, zu dieser Versammlung zu erscheinen und vor allen Dingen solche Bekannte oder Arbeitskollegen mitzubringen, die sich noch nicht im Klaren sind, ob sie sich an dem Volksstreik beteiligen sollen.

Gewerkschaftsbürokratie gegen Arbeitslose

Wie bekannt, reichten die Oppelner Arbeitslosen einen Antrag zur Weiterleitung an das Ortsamt des NAB. ein, in dem sie verlangten, daß die schlandische tägliche Meldepflicht abgeschafft wird. Das Kartell behandelte diesen Antrag, lehnte ihn ab und hält es nicht mal für notwendig, eine Antwort zu erteilen.

Wie der Vorsitzende des Kartells, Betrifftliche, verlauten ließ, lehnt es das Kartell ab, für die unorganisierten (!) Arbeitslosen etwas zu tun. Die Wünsche der Arbeitslosen sollen durch ihre Gewerkschaften gehen. Nun hat aber ein Gewerkschaftler diesen Antrag eingereicht, will ihn noch im Kartell selbst vertreten, wie es immer üblich war. Das lehnen jedoch die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften ab. Daß die Anträge der Arbeitslosen durch die zuständigen Gewerkschaften gehen sollen, ist nichts weiter als eine faule Ausrede. Manche Gewerkschaft hat alle halbe Jahre ihre Versammlung. Die Sozialdemokraten in einer Berufsorganisation lassen Arbeitslose bei der Versammlung erst nicht zu Wort kommen, weil sie radikalere Töne von diesen befürchten. Das wissen die Reformisten und gehen so indirekt gegen die Arbeitslosen vor. Vielleicht will sich das Kartell auch bei dem sozialdemokratischen Vorhaben, der alle Ausschussarbeiten bearbeitet wird, kleb kleb machen. Es liegt jetzt, wie so oft, wieder an den Arbeitslosen selbst, ihre Anträge durchzukämpfen. Wenn auch die Panzerkreuzer-Sozialisten und Reformisten sich gegen Verbesserungen der Lage der Arbeitslosen sträuben, die Kommunisten werden wieder helfen. Ihr arbeitslosen Gewerkschaftler, laßt euch nicht schurkeln, stützt die Opposition. Ihr unorganisierten Arbeitslosen, euer erster Schritt, wenn ihr Arbeit habt, ist der zur Gewerkschaft! Säubert mit der Opposition die Organisationen von allen Parasiten und Verrätern.

Änderung in der Zeitungslieferung

Da der Genosse Menzel nach längerer Erwerbslosigkeit endlich wieder Arbeit erhalten hat und Genosse Wislup durch Einstellung des Hadebetriebes frei geworden ist, hat er ab 1. Oktober die Zeitungslieferung übernommen. Mit Rücksicht darauf, daß voraussichtlich am 2. Dezember die Provinzial- und Kommunalwahlen stattfinden, ist es höchste Zeit, daß wir dazu übergehen, unsere Leserschaft zu erhöhen. Genosse Wislup will alle mit uns sympathisierenden Arbeiter auffuchen und zum Monocent unserer Zeitung auffordern. Wir können ihn dabei unterstützen, indem wir ihm Adressen übergeben oder selbst Leser der „Arbeiter-Zeitung“ werden. Jeder neue Zeitungsläser ist ihm selbst oder im Büro des Eisenbahner-Clubs, Hintermarkt, abzugeben.

Wir verkennen dabei nicht, daß die Jahreszeit zum Werden von Zeitungsläsern nicht allzu günstig ist, da alle Familien durch die Anschaffungen der Wintervorräte erhöhte Gelddausgaben haben. Trotzdem wird es möglich sein, unseren Abonnentenstand beträchtlich zu erhöhen. Sollte es hier und da beim besten Willen nicht möglich sein, die 60 Pfennige Bezugsgebühren aufzubringen, so muß man versuchen, daß er wenigstens regelmäßiger Leser der Wochenausgabe wird, die ihm dann für 15 Pfennige alle Sonnabende ins Haus gebracht wird.

Also, Genossen und bisherige Leser unseres Kampforgans! Helft mit zur weiteren Verbreitung unserer Zeitung und sprecht darüber mit euren Nachbarn, Arbeitskollegen und Bekannten!

Sonntag, den 7. Oktober, roter Landsonntag

In den Städten wird es nicht schwierig sein, die nötigen Unterschriften für das Volksbegehren aufzubringen. Anders auf dem Lande. Ist findet man auf den Dörfern, daß man noch gar nicht weiß, daß ein Volksbegehren stattfindet. Hier ist noch viel Aufklärung zu schaffen.

In ganz Deutschland gehen am kommenden Sonntag die Parteilmitglieder und die NAB.-Kameraden auf Land zum Zeitungsvorverkauf und zur Flugblattverbreitung. Wir sammeln uns am Sonntagvormittag, 9 Uhr, zur Materialempfangnahme am Alten Schützenhaus. Die Genossen und Kameraden müssen sich so einrichten, daß sie gegen 6 Uhr zurück sind.

Die Ortsgruppenleitung des NAB. und der SPD.

Explosion einer Kohlenäureflasche. In der Altendranerei explodierte eine Kohlenäureflasche, wobei eine Arbeiterin und ein Arbeiter erheblich verletzt wurden.

Verhängnisvoller Zusammenstoß. Zwischen Sakrau und Frauendorf stießen zwei Radfahrer zusammen. Einer von ihnen, der 25jährige Schlosser Grund, erlitt einen Schädelbruch und verstarb auf dem Transport ins Krankenhaus.

Ost-Oberschlesien

15 polnische Bahubeamte verhaftet

Zu der Zollagentur in Chorzow wurden 15 Eisenbahnbeamte und Angestellte verhaftet, die seit mehreren Jahren bei der Vergehung von Gütern Diebstahle ausübten. Die verurteilten Warenentwendungen wurden herauf und durch Sand oder Ziegel ersetzt, um keine Gewichtverluste zu veranlassen. Die Angeklagten hätten noch weitere Kräfte ziehen, da auch höhergeleitete Beamte bei diesen Diebstählen beteiligt waren.

3 wichtige Punkte... Riesen-Auswahl... Kaufhaus Z. Strauss Görlitz

Fritz Lange's... Rindfleischerei u. Frühstücksstube

Die gute Brille - Der leitende Klemmer... M. Lorenz, Jacobstraße 31 pt.

Referiert Nr. 13... K. Schmitz, Döberstraße 8

Spezial-Betten-Geschäft... M. Lorenz, Jacobstraße 31 pt.

Fahrräder :: Nähmaschinen... Franz Seidel, Demianiplatz 19/20

Schuhwaren - Stiefel... Franz Mühner, Brüderstraße 10

Karl Roch... Solinger Stahlwaren... Görlitz, Berlinerstraße 56

Gustav Mangelsdorf... Brüderstraße 8... Wollwaren - Strümpfe

Sämtliche Musikinstrumente... Refert Musikhaus B. u. S.

Pelzwaren... Hüte, Mützen... Carl Restel, Elisabethstraße 7

Papierwaren, Leder- u. Reiseartikel... W. Witzke, Berliner Str. 27 u. Elisabethstr. 8

Paul Renner... Inh. Fritz Schäfer... Berlinerstraße 45

Selbstfabrikation von Herren-Konfektion... Pese, Berliner Str. 4

Hugen-Optik Arthur Traub... Straburg - Passage 11

Robert Schollh, Rirschmerstr. 13

August Marschner, Nachfolger... Kolonialwaren u. Kaffee-Wäberei

Optiker Postleb... Fach-Optiker... Berliner Str. 43

Bestecke... Juwelier Hermann Scholze & Sohn

Lebensmittel 6% in blauen Marken... Erich Kleinert, Prager Straße 8

Petersdorf, Rsgb. - Kästner Diet - Kolonialwaren

Rauscha - Kolonial-, Feinstoff- und Tabakwaren

Fritz Berners - Wannenbäder... Georg Meßner

Kaufhaus Kurt Boser - Wäsche / Schnittwaren

Mag. Wansch / Petersdorf 223... Helene Sieber, Dorfstraße 225

Walter Sinkwitz - Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen

Paul Bernhard - Uhren - Goldwaren - Optik

Striegau-Gräben - Kolonialwaren und Schnittwaren

Maria Schaefer - Weiß- u. Wollwaren

Anna Köhler, Gräben - Brot- und Feinbäckerei

Georg Schorr, Bekleidungs-Geschäft

Paul Berthold, Gräbenstraße 8

Alfred Leisching - Drogen, Farben, Lacke, Pinse

Salentin Hühner, Fleischermeister

Ernst Thiemer - Chemwaren

Verlangt stets Haselbach- u. Schultheiß-Bier

Blumenau-Tannhausen - Raffinierter Schokolade

Striegau - Linus-Drageria / Ring 17

Marklissa - Billig und gut kaufen Sie bei

Biergroßhandlung - Otto Kosmahl

Erich Schabel, Markt 101

Haase- u. Ripke-Biere, Breslau

Fahrräder Nähmaschinen Gramophone... Rauff bei Licht, Ring 37

Mifa-Fahrräder - Bequeme Teilzahlung

Reinhold Schwabe, Ring 9 - Damen- und Mädchen-Bekleidung

ZINGLER, Ring 24, ein. - Billige Begnadigung für Qualitätswaren

Bekleidungshaus R. Oltrower - Ring 48

Arthur Hoffmann, Güntherstraße 2 - Uhren - Goldwaren - Optik

Karl Vogt, Güntherstraße 11 - Rinderwaggen, Motor- u. Bettstellen

Schuhwarenhaus - Willy Heinemann, Wittigstraße 1

E. W. A. L. D. F. R. I. T. S. C. H. - Fahrradfabrikation

Fahrräder, Nähmaschinen, Motorfahrzeuge

Gerster's Fisch-Spezialhaus, Sedanstr. 3

Eisenhandlung Emil Dix - Sämtliche Eisenwaren

Leopold Zuda - Thomaststraße 11

Spezial-Seifen-Geschäft - Louis Bende, Jauerstraße 7

Wüstegiersdorf - Richard Moschner, Hauptstr. 17

Autovermietung - Fritz Rühlhoff, Ring 75

GEORG FISCHER - Uhren / Grammophone / Platten

ADOLF BLÜMEL - Kolonial- und gewaschene Waren

Carl Schützler - Hauptstraße 54

WILLI FRIEM - Kolonial- und Eisenwaren

Schägenhans Salzmayer - Beliebtes Ausflugslokal

Verdet Mitglieder der Auen Hilfe - Alfred Mayer

Qualitätsstunde - E. Scholz Erben - Büßgiersdorf

Ober-Wüstegiersdorf - Adolph Stacht / Kolonialwaren

G. Roste, Donner Straße - Weiß-, Woll- und Kurzwaren

Georg Hoyer - 126 - Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

K. A. Heilmann - Haus- u. Küchengeräte

Ober-Wüstegiersdorf - Ernst Teichmann - Kleiderstoffe

Dörnhau - Gasthaus „In den drei Linden“

Landeshut - Sie kaufen bei

Mie Auswahl ist riesig groß

Edel Wangel / Fahrräder, Motorräder

Fritz Bogt, Waldenburger Straße 28

Wetter, Wallstraße 25 - Feine Fleisch- u. Würstwaren

Josef Zährle, Benschstraße 27

Hermann Schubert's Nachf. - Kolonialwaren

Richard Hummel, Ringstraße 14

Mag. Wolf, Verschlestraße 5

GUSTAV HAACKE - Damen- u. Herrenbekleidung

Erst Friedrich, Oberstr. 1 - Kolonialwaren

Richard Knoll's Schell-Gis - ist und bleibt das Beste

Electric Barock / Ringstraße - Damen- u. Herren-Konfektion

Dr. Drogerie Karl Plischke - Waldenburger Str. 9

Kaufhaus Gustav Stief Nachf. - Ringstraße 12

Mois Hampel, Waldenburger Straße

Blumenau - Fahrräder, Ersatzteile

Arthur Lampel - Gasthaus „Zur Wiesenmühle“

Heinrich Döhmer - Berlin-Geschäft

„Gasthof“ „Zur Blumenau“ - Angenehmes Verkehrslokal

MAX KARSCHNER - Herrenartikel, Kleiderstoffe

Münsterberg - Schägenhans (Tel. 249)

Isidor Suchy - Ringstraße 17

Besucht die Kaiser-Lichtspiele

Walter Gumpel, Schägenstraße

Trinkt Engelhardt-Bier - Vertretung Münsterberg

Gustav Pajzle, Hauptstraße 16

Helena-Apothek - Drogen- und Photoabteilung

Erich Klose - Ring 23 - Herren- und Damenkonfektion

Richard Gerhart - Rosenstraße 10

Paul Kaufe, Ring 11 - Fleischer u. Frischfleisch

Arthur Nahler / Ring 19 - Wäberei u. Konfektion

Oscar Stephan - Kolonialwaren / Delikatessen

Paul Bruders - Konfektion u. Schuhwaren

Krang Blüthle - Fleischer u. Wurstfabrik

Konrad v. Wiesenhal - Fleischer u. Wurstfabrik

Hernsdorf u. K. - Gasthaus „Erholung“

Abbezahl-Drageria - Drogen - Farben - Lacke

Kurt Selbig, Wilhelmstraße 1 - Kolonialwaren / Spirituosen

Rich. Drescher, Wardenburger Str. 53

Freiburg - Motorräder - Fahrräder

W. Hoffmann, Landesbutter Straße 49

Mois Goldmann, Sandstr. 18

Referiert für das Leistungsfähigste

Paul Kapte Nachf., Landesbutter Str. 35

Wäberei und Konfektion - A. Scherbarth

Lebensmittel - Kolonialwaren - Oskar Figulla

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei - Wiltibald Fergig

Rich. Rösner - Mühlenstraße 29

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei - Carl Palm

Carl Müller, Neumarkt 11

Ernst Steiner - Burgstraße 8

Rinderwagen, Rordmölle

Erich Dresel - Manufakturwaren und Konfektion

Damenkleider u. Mäntel - Große Auswahl

Fleischer u. Wurstfabrik - Carl Hansen

Kolonialwaren, Obst und Gemüse - Fritz May

Sozialdemokratische Sorgen um die Konzeptionspolitik in der Sowjetunion

F. R. Man erinnere sich, wach ein Geschrei die internationale Sozialdemokratie und alle Feinde der Sowjetrepublik Ende 1921 anhob, als die Sowjetregierung das erste Dekret zur Gewährung von Wirtschaftskonzeptionen an ausländische Kapitalisten veröffentlichte. Die sozialdemokratische Presse, die in den ganzen Jahren des Krieges als ausgesprochener Feind der Oktoberrevolution benommen hatte, warf sich plötzlich als Hüter der proletarischen Revolution auf und zeterte über den „Verrat“ der Revolution durch die Sowjetmacht. Damals hieß es, das Auslandskapital würde in kürzester Frist das gesamte Wirtschaftsleben der Sowjetrepublik überrennen, würde Sowjetrußland samt Haut und Haaren verschlucken. Bekanntlich ist nichts von alledem eingetreten: die Auslandskonzeptionen nahmen, wie die Sowjetpolitiker wiederholt hervorhoben, eine verschwindend geringe Rolle im Wirtschaftsleben der Sowjetunion ein, sie betrug insgesamt höchstens 2-4 Prozent der Gesamtproduktion. Den Antibolschewisten wurde in dieser Frage der Wind aus den Segeln genommen.

Nun steht die Frage der sowjetrussischen Konzeptionspolitik wieder mit den dicksten Lettern in der sozialdemokratischen Presse. Und wie immer soll die Frage des sozialistischen Aufbaus der U.S.S.R. das Loch ausfüllen, das durch die SPD-Politik gebildet wurde. Zu einer Zeit, wo die arbeitenden Massen und auch die sozialdemokratischen Mitglieder begreiflicherweise in Bewegung geraten sind wegen der alarmierenden imperialistischen Politik der SPD-Führer, beginnt die sozialdemokratische Presse ein Geschrei über die „Auslieferung der sowjetrussischen Kommunalbetriebe an das Privatkapital“. Die SPD-Presse beruft sich auf Lenin (seit wann ist Lenin ihre Autorität?). „Lenin hat niemals die öffentlichen Betriebe der Kommunen zum Gegenstand von Konzeptionen für Privatkapitalisten machen wollen“. Der letzte Trumpf in den Händen der SPD-Presse ist der „Staatssozialismus“ unter dem Zarismus (1), den die Bolschewiki gestürzt hätten: „Das Wenige, was das absolute Arentum noch dem Staatssozialismus zugeföhren mußte, dieses Wenige muß heute von der kommunistischen Partei Rußlands dem Privatkapital ausgeliefert werden“, jammert die SPD-Presse.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß der deutsche Arbeiter, der durch die ganzen Jahre durch die Zarenmeldungen und Verleumdungen der SPD-Presse in seinem Glauben an den sozialistischen Aufbau nicht erschüttert wurde, auch durch diese Artikel über die Konzeptionspolitik sich nicht beirren lassen wird. Es verlohnt sich jedoch, auf die Frage selbst einzugehen, um Tatsachen selbst festzustellen. Tatsache ist, daß die Sowjetunion den Versuch machen will, die ausländischen Konzeptionen mehr als bisher in den Dienst des sozialistischen Aufbaus zu stellen. Wenn die Sowjetregierung für die Ausbeutung durch ausländische Konzeptionäre unter anderem auch Kommunalbetriebe in Aussicht nimmt, so hat diese Tatsache nichts Beunruhigendes an sich. Wie haben bis jetzt die Konzeptionsbetriebe in der Sowjetunion gearbeitet? Unter Kontrolle des Staates, unter strenger Wahrung der sozialpolitischen und der Arbeitsgesetze der Sowjetunion. Noch in der letzten Zeit haben die Gewerkschaften unter Führung der Partei eine verschärfte Kampagne in den Privat- und Konzeptionsbetrieben begonnen, um die Arbeiterchaft in diesen Betrieben vor Ausbeutung, die durch Umgehung der Gesetze entstehen könnte, zu schützen. So und nicht anders denkt sich die Sowjetregierung jede andere Konzeptionserschöpfung. Von einem freien Schalten und Walten der Kapitalisten in der Sowjetunion kann nicht die Rede sein. Der Sowjetstaat, der nach bekanntem Ausdruck das Privatkapital an „die Kette gelegt hat“, wird nach wie vor auch die Konzeptionsbetriebe auf schärfste kontrollieren und überwachen.

Wozu werden die Konzeptionen überhaupt gewährt? Diese Frage kann nur jemand aufwerfen, der von der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion keine Ahnung hat. Der reine Engel, die SPD-Presse, wirft sich in die Brust und spricht „den wahren Grund“ aus. Dies ist der Kapitalmangel.

Jamohl, der eigene Kapitalmangel zwingt die Sowjetunion, die allein in der Isolierung unter den kapitalistischen Staaten der Welt seit 1922 heidenhaft bemüht ist, eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen, zu den Mitteln des Weltkapitals Zuflucht zu nehmen. Die Sowjetpolitiker sprechen in aller Offenheit von der Notwendigkeit der „sozialistischen Akkumulation“, die gegenwärtig das A und das O aller Wirtschaftsschwierigkeiten bildet. In den letzten Tagen erst hat Genosse Kusjtschew in einem Referat in Leningrad alle Schwächen und Schwierigkeiten der Wirtschaftspolitik der Sowjetrepublik aufgezählt.

„Man wird sich erinnern“, führte Genosse Kusjtschew aus, „daß vor zwei bis drei Jahren, als man an die Aufstellung des Fünfjahres-Planes ging, man der Meinung war, die Entwicklung würde sich folgendermaßen vollziehen. Solange wir das bei uns vorhandene Grundkapital reproduzieren, würde sich das Wachstum der Industrie rasch vollziehen; das weitere Wachstum würde aber abhängig werden vom Neuaufbau, und das Tempo der industriellen Produktion würde verlangsam werden.“

1927/28 hat das Gegenteil gezeit: obwohl die alten Ressourcen fast erschöpft sind, wächst die Produktion rascher als im Vorjahre. 1927/28 werden — die Elektrifizierung nicht mitgerechnet — 1316 Millionen Rubel in der Industrie investiert und da Grundkapital um 17,9 Prozent erhöht, die Schwerindustrie allein um 22 Prozent. In den letzten drei Jahren erreichte die Summe der industriellen Investitionen 2 Milliarden 200 Millionen Rubel. Wenn das Grundkapital der Industrie am 1. Oktober 1925 gleich 100 gesetzt wird, so hat man eine Erhöhung des Grundkapitals am 1. Oktober 1926 um 7 Prozent, am 1. Oktober 1927 um 18 Prozent und Ende 1927/28 bereits um 35 Prozent. Im Vergleich mit dem Oktober 1925 ist die Produktion der Industrie um 80-90 Prozent gewachsen.

Und trotz dieses Wachstums reicht die Produktion nicht aus, um den immer steigenden Bedürfnissen der immer wachsenden Bevölkerung zu genügen. Einerseits ist Sowjetrußland gezwungen, in erster Linie die Produktionsmittel erzeugende Industrie zu forcieren (Industrialisierung), andererseits verlangt der Wahrung einer Steigerung der Produktion der Leichtindustrie. Da keine Kredite und keinerlei Hilfe vom Auslande dem bolschewistischen Staate zur Verfügung stehen, so greift der Arbeiter- und Bauernstaat zu dem Mittel der Konzeptionen, die nach dem strategischen Plan Lenins dem Kapital zwar Vorteile bieten, aber der sozialistischen Wirtschaft zum Aufbau verhelfen. Die SPD-Presse regt sich über die angeblich geplanten Konzeptionen von 400 Millionen Rubel auf. Aber was bedeuten 400 Millionen Rubel zur Neugestaltung eines riesigen Landes von ein Sechstel der Erdoberfläche?

Auch dieser sozialdemokratische „Knalleffekt“ wird, wie die ganze antibolschewistische Heße, verpuffen, ohne eine Wirkung zu erzielen. Solange die Arbeiter- und Bauern-Regierung der Sowjets am Ruder ist, braucht die internationale Arbeiterchaft keine Angst zu haben vor dem Verrat der Arbeiterinteressen. Dieser Verrat liegt bei uns zu Lande vor, wo die Panzerkreuzer-Sozialisten täglich und stündlich ihn durch ihre Politik begehen.

Unser Plak kann nur in der KPD. sein!

Eine SPD-Kreisabgeordnete zur KPD. übergetreten!

Unser neues Bruderorgan, das „Volkswort“ für die Provinz Brandenburg, Grenzmark Lausitz, meldet: Nachdem im Mai d. J. in Osterburg das ehemalige SPD-Mitglied W. Klein, Stadt- und Kreisabgeordneter, den Weg zur kommunistischen Partei fand, ist der Uebertritt einer sozialdemokratischen Kreisabgeordneten sowie zwei weiterer Sozialdemokraten aus Seehausen erfolgt. Sie gaben dazu folgende Erklärung ab:

„Wir Unterzeichneten haben uns entschlossen, Mitglied der KPD. zu werden, da wir als ausgebeutete Proletarier nicht vereinbaren können, mit den Bürgerlichen in einer Front die Verfassung der Republik zu feiern, mit „Deutschland über alles“ und dem nötigen Maß über zur Vertuschung der Klassengegnäße, was es für uns nicht mehr geben kann. Da wir mit Führern, die Panzerkreuzer bewilligen zur Ausrichtung der deutschen Bourgeoisie und zur Niedertämpfung

Sowjetrußlands, nicht mehr gemein haben können, da auch die SPD-Führer gegen den Volkswille kämpfen, haben wir eingesehen, daß unser Plak nur in der KPD. sein kann, wo es heißt, auf dem Boden des Klassenkampfes im Sinne Liebknechts zu kämpfen, bis zur Niederringung des Faschismus, des Stahlhelms als bester Gefahr, mit denen heute die SPD-Führer in einer Front marschieren und das revolutionäre Proletariat angreifen. In diesem Sinne rufen wir allen noch Schwankenden zu: Heraus aus dem Sumpf der SPD., hinein in die KPD., der einzigen Führerin des Klassenbewußten Proletariats.

gez. Anna Plate, Kreisabgeordnete, Mitglied der SPD. seit 1918.
Walter Poggenborg, Mitglied d. SPD. seit 1919.
Marie Poggenborg, Mitglied d. SPD. seit 1919.

Blumpe Lügen der sozialdemokratischen Presse über die KPD.

Der Sozialdemokratische Pressebienst setzt seine Lügenkampagne anlässlich der Maßnahmen des Zentralkomitees der KPD. zu der Hamburger Unterschlagungsangelegenheit fort. Da die Panzerkreuzerbetrüger und Korruptionshelden der SPD. sehr gut wissen, daß sie auf die Arbeiterchaft wieder mit ihrer „moralischen Entrüstung“ noch mit dem niederrückstigen Versuch, den Genossen Thälmann der Korruption zu beschuldigen, irgendeinen Eindruck machen, greifen sie zu einer anderen Methode. Sie lancieren Meldungen über eine angebliche „Bestärkung“ in der KPD., über die Weigerung der Mitgliedschaft, Parteiarbeit zu leisten usw. Sie verwechseln dabei die kommunistische Partei mit der SPD., die in den letzten Wochen in vielen Tausenden von Fällen festgestellt konnte, daß die Mitgliedschaft und die Funktionäre als Antwort auf die Panzerkreuzerbeschlüsse der höchsten Instanzen der SPD. jede Parteiarbeit verweigerten. So meldete der Sozialdemokratische Pressebienst vor einigen Tagen, daß im 14. Verwaltungsbezirk der KPD.-Berlin eine große Anzahl von Parteiarbeitern die Mitgliedsbeiträge und die Arbeit für das Volksbegehren „bis zur Klärung der Hamburger Angelegenheit und der Angelegenheit Thälmann“ verweigert hätte. Außerdem ließ sich der Sozialdemokratische Pressebienst aus Bochum telegraphieren, daß die Düsseldorf-Bezirksleitung der KPD. ein Rundschreiben herausgegeben hätte, in dem die Mitgliedschaft aufgefordert worden wäre, Ruhe zu bewahren und der Partei treu zu bleiben.

Wie wir von der Berliner Bezirksleitung der KPD. erfahren, wurde im 14. Verwaltungsbezirk (Neutölln) festgestellt, daß kein einziges Parteimitglied die Beiträge oder die Parteiarbeit für die Durchführung des Volksbegehrens verweigert hätte. Die Hausagitation, die am Sonntag, dem 30. September, durchgeführt wurde, fand unter einer viel größeren Beteiligung der Parteimitgliedschaft und der Mitglieder der sympathisierenden Organisationen statt, als dies seit einer längeren Zeit überhaupt verzeichnet wurde. Es fand eine größere Anzahl von Neuaufnahmen in die Partei statt. Das Sammelergebnis für das Volksbegehren betrug über 1500 Marl. Dieses Ergebnis entspricht übrigens dem Verlauf der Sammeleraktion und Werbearbeit für das Volksbegehren auch in den übrigen Verwaltungsbezirken, die ebenfalls von glänzender Kampfstimmung getragen wurde.

Zu der Schwindelmeldung des Sozialdemokratischen Pressebienstes über Düsseldorf teilt uns die Bezirksleitung der KPD. Nieder-rhein folgendes mit:

„Die Bezirksleitung Niederrhein erklärt zu der Notiz in der SPD.-Presse, daß sie in der letzten Zeit überhaupt kein Rundschreiben, geschweige denn ein solches zu den Hamburger Vorgängen herausgegeben hat. Die Behauptung der SPD.-Presse, daß die Funktionäre sich weigern, auf Grund der Hamburger Vorgänge Parteiarbeit zu verrichten, ist völlig unwahr und aus der Luft gegriffen. Im ganzen Bezirk Niederrhein ist kein einziger betriebliger Fall bekannt, im Gegenteil beweisen die Ergebnisse der Werbearbeit für Partei und Presse eine erhöhte Aktivität in der gesamten Partei.“

Zum Schluß eine Feststellung, die die ganze Erbarmlichkeit der sozialdemokratischen Lügenoffensive gegen den Volkswille in grelle Beleuchtung rückt. Der Sühler „Volkswille“, bekanntlich jetzt ein SPD.-Organ, bringt in seiner Nummer 230 vom 1. Oktober eine wörtliche Wiedergabe einer der vielen dreifachen Verleumdungen und Lügennotizen, die im „Vorwärts“ bzw. in der sozialdemokratischen Presse über den „gestürzten Thälmann“ und über die KPD. veröffentlicht waren. Da aber der Sühler „Volkswille“ noch in guter Erinnerung hat, daß die Sühler Arbeiter den Lügenmeldungen des „Vorwärts“ keinen Kredit schenken, setzt er dem Artikel plump-frech die Zeile voran:

„Die „rote Fahne“ schreibt . . .“

Damit hat der Sühler „Volkswille“ den Vogel abgeschossen. Aber diese plump-naive Fälschung ist nur eine groteske und läppische Blamage der Fälschungen der gesamten sozialdemokratischen Presse.

Der Aufmarsch zum Volksbegehren wird zeigen, daß auch dieses neueste und schmutzigste Ablenkungsmanöver der SPD.-Führung nicht imstande ist, die breiten Schichten der Arbeiterchaft und der werktätigen Bevölkerung von der Beteiligung am Volksbegehren und am Volksentscheid, an der Millionendemonstration gegen imperialistische Kriegszustütungen und Koalitionspolitik abzuhalten. Die Massen marschieren: unter Führung der einzigen Arbeiterpartei, der kommunistischen Partei.

Massenenteignung von Bauern — die Republik braucht Panzerkreuzer

Die „Statistische Korrespondenz“ des Preussischen Statistischen Landesamtes veröffentlicht die in der Zeit vom 1. 4. bis 30. 6. 1928 eingeleiteten und durchgeführten Zwangsversteigerungsverfahren in der Landwirtschaft. Die Zwangsversteigerung wurde eingeleitet bei 2731 ländlichen Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 34 606 Hektar. Zwangswweise versteigert wurden 356 Grundstücke mit 8 143 Hektar. Nur bei 207 Hektar ist die Versteigerung auf Erbteilung zurückzuführen.

Während gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr die Zahl der Versteigerungen von Großbetrieben um 25 Prozent auf insgesamt 15 Betriebe zurückging, stieg die Zahl der Versteigerungen bzw. eingeleiteten Verfahren bei bäuerlichen Betrieben. Selbst die großagrarisiche „Deutsche Zeitung“ vom 27. 9. 1928 muß feststellen, daß „an den durchgeführten Zwangsversteigerungen vor allem die Bauernbetriebe stark beteiligt“ sind. Auch gegenüber dem gleichen Vierteljahr 1927 ist die Zahl der Zwangsversteigerungen um 38 Prozent größer geworden.

Die zwangswweise Massenenteignung der Bauern macht rapide Fortschritte. Der Staat hat kein Geld, um dem werktätigen Bauern zu helfen, um ihm seine Scholle zu erhalten. Panzerkreuzer heißt die Devise, dafür werden die den werktätigen Bauern ruinierenden hohen Steuern gebraucht.

Bauern, wehrt euch! Beteiligt euch am Volksbegehren gegen Panzerkreuzer! Schließt mit den Arbeitern die gemeinsame Kampffront zum Sturze der Kapitalistenherrschaft! Es geht um eure Scholle, es geht um eure Existenz!

Mandatsraub auf dem Verbandstag der Maler

Am zweiten Verhandlungstag des Verbandstages der Maler in Stuttgart wurde die Debatte über den Geschäftsbericht zu Ende geführt. Alle Anträge oppositioneller Fraktionen wurden abgelehnt und die Vorstandsberichte angenommen. Obwohl der Vorstand keine Begründung für den Raub des Mandats des Kollegen Reichs-Brandenburg gab, wurde dieses Mandat gegen 6 Stimmen unter Protest der Opposition für ungültig erklärt.

Aus der Partei!

Die ehemalige Korstgruppe Triebes wieder in die KPD. aufgenommen

Die Bezirksleitung der KPD. Großhüringen hat beschlossen, das frühere Parteimitglied H. Krahnert und 11 weitere ehemalige Parteigenossen in die kommunistische Partei wieder aufzunehmen.

Anlässlich der Parteiauseinandersetzung solidarisierte sich Genosse Krahnert und mit ihm der allergrößte Teil der Ortsgruppe Triebes der KPD. mit den politischen Auffassungen Korst's. Da diese politische Handlungsweise mit den Grundsätzen der Partei nicht zu vereinbaren war, mußte seinerzeit die Bezirksleitung der KPD. den Genossen Krahnert ausschließen.

Die Partei hat wiederholt erklärt, daß sie alle wegen der Parteidifferenzen ausgeschlossenen Genossen, die ihren Fehler einsehen und die Beschlüsse der Partei anerkennen und durchzuführen bereit sind, wieder in die Partei aufnehmen werde.

Die obengenannten Genossen haben ihren Wiedereintritt in die Partei beantragt und erklärt, daß sie die Politik der Partei für richtig halten, die Beschlüsse und Grundsätze der Partei anerkennen und sich verpflichten, die Beschlüsse durchzuführen, sich an die Parteibüchlein gebunden fühlen und jede Verbindung mit außerhalb der Partei stehenden Personen abbrechen wollen.

Da diese Genossen die politischen und organisatorischen Selbstverständlichkeiten, an die sich jedes Mitglied der KPD. gebunden fühlt, ebenfalls anerkennen und sie als Begründung für ihre Wiederaufnahme in die Partei anführen, fand der Wiederaufnahme dieser Genossen nichts im Wege. Die Bezirksleitung der KPD. Großhüringen ist nach wie vor der Auffassung, daß Meinungsverschiedenheiten über parteitaktische Fragen durchaus im Rahmen der Partei ausgetragen werden können.

Die KPD. hat gleichzeitig beschlossen, daß diejenigen Mitglieder der ehemaligen Korstgruppe in Triebes, die sich auf dem Boden der Erklärung des Genossen Krahnert stellen, nach Prüfung ihres Aufnahmefähiges ebenfalls in die Partei wieder aufgenommen sind.

Genosse,

hast Du schon für das Volksbegehren gesammelt? Oder denkst Du, das geht dich nichts an?

Hole das Versäumte sofort nach!

Der Afa-Kongress tagt

Aufhäuser für das Schlichtungswesen — Gegen Zwang zur Einstellung alterer Angestellter — „Wirtschaftsdemokratie“

(Eig. Bericht.) Hamburg, 3. Oktober.

Im schwarzrotgold drapierten Saal des Hamburger Gewerkschaftshauses wurde am 1. Oktober der Afa-Kongress eröffnet. Es sind über 200 Delegierte vertreten, darunter allerdings nur 88 stimmberechtigte. Wie zu erwarten war, ist es den Reformisten gelungen, jede Opposition vom Kongress fernzuhalten. Schon der Eröffnungstag war ein einziger Beweis dafür, daß es sich bei diesem Afa-Kongress um eine rein sozialdemokratische Partei angeht. Die halbe sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit Herrn Lohse an der Spitze, war als „Ehrgäste“ erschienen. Auch den Vertreter der Demokratischen (1) Partei konnte man unter den Ehrgästen finden, ebenso einen Vertreter des Reichsbanners. Dagegen hat man die kommunistische Reichstagsfraktion bewußt ausgeschlossen. Es war dem Genossen Torgler, als Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion, lediglich möglich, als Pressevertreter zum Kongress Zutritt zu bekommen.

In seiner Eröffnungstede betonte Aufhäuser mit besonderem Nachdruck, daß die erhöhte Bedeutung der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ihren Ausdruck in der großen Zahl der Ehrgäste und der Vertreter der Behörden und gesetzgebenden Körperschaften finde. Das neue Deutschland spiegele sich darin wieder, wenn ein selbständiger Reichsminister, wie Herr Wissell, die Vertreter einer Reihe preussischer Staatsministerien, Oberbürgermeister, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten usw., erschienen seien. Diese Beiseitigung Aufhäusers ist wahrhaftig rührend. Nur können sich die Angestellten, auch die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten, nichts dafür kaufen, wenn Minister oder andere Behördenvertreter auf einem solchen Kongress Begrüßungsworte sprechen und einige vage Versprechungen für die Zukunft machen. Auf die vielen Begrüßungswörter, die etwa vier Stunden dauerten, einzugehen, lohnt sich wirklich nicht. Erwähnt sei nur, daß Wissell in seiner Begrüßungsansprache im besonderen Albert Thomaß, den Mussolini-Freund, begrüßte. Im übrigen verwies er auf seine grundrationalen Ausführungen über die Frage des Arbeitsrechtes, die er vor vier Wochen auf dem Afa-Kongress gemacht hätte. Die Not der stellungslosen älteren Angestellten sei ja sehr groß, das müsse er zugeben, aber die gesetzlichen Maßnahmen hätten sicherlich schon manche Not gelindert. So ist wenigstens die Meinung des Herrn Wissell. Nur haben die älteren Angestellten von dieser Linderung ihrer Notlage bisher nichts gemerkt. Herr Wissell will auch weiterhin bemüht sein, sorgfältig zu prüfen, was noch geschehen könne. Das war alles, was er dazu zu sagen hatte. Er vermied ängstlich jede Äußerung darüber, wie er sich zu einem Gesetz zum Schutz der älteren Angestellten mit Einschränkungswang für die Unternehmer, Verbesserung des Kündigungsschutzes, Ausdehnung der Unterstützung auf die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, wie es die Kommunisten wiederholt im Reichstage gefordert haben, stellt.

Eine interessante Note kam in die Begrüßungsansprachen, als der Vertreter der Gesellschaft für soziale Reform, Professor Heyde, seinem Redauern Ausdruck gab, daß die freien Gewerkschaften den Kommunisten nicht die Möglichkeit gäben, innerhalb der Gewerkschaften ihre politischen Auffassungen zum Ausdruck zu bringen. Er sah neben der Gewerkschaftsrichtung eine kommunistische Strömung, die unaufhaltsam wächst, und er befürchte eine neue revolutionäre Welle, die aber die Gewerkschaften hinwegjagen würde. Es müßten deshalb Ventile geöffnet werden. Selbst dieser wohlgemeinte Rat eines Professors, der sicherlich kein Kommunistenfreund ist, brachte Aufhäuser herab in Harnisch, daß er sich zu einer massiven Ermüdungstede veranlaßt sah. In den freien Gewerkschaften bestände volle Freiheit zur gewerkschaftlichen Arbeit. Wie diese Freiheit in der Praxis aussieht, davon wissen die vielen

Kollegen ein Lied zu singen, die trotz aktiver gewerkschaftlicher Arbeit ausgeschlossen wurden, nur weil sie Mitglied der kommunistischen Partei oder der Sympathie mit der kommunistischen Partei verdächtig waren. Aufhäuser scheint ganz vergessen zu haben, daß im Afa immer noch der Klassenkampf besteht, nach welchem Mitglieder der kommunistischen Partei keine Funktion im Afa bekleiden dürfen.

In der Nachmittagsitzung gaben die Bundesvorsitzenden Stahr und Aufhäuser die Geschäftsberichte. Stahr beschränkte sich auf die Darstellung der inneren Arbeit des Afa-Bundes. Aufhäuser gebärdete sich in seinem Geschäftsbericht, wie immer, etwas radikal. Von einem Klassenkampf der Angestellten von unten war in seinem ganzen Geschäftsbericht nicht mit einem Wort die Rede. Bemerkenswert war immerhin sein Zugeständnis, daß der Kapitalismus sich restauriert hätte. Das kapitalistische Unternehmertum hätte seine Macht in unerhörten Ausmaßen gesteigert. Er vergaß allerdings, hinzuzufügen, daß diese Nachsteigerung erfolgt ist in der demokratischen Republik, in diesem „Volkstaat mit sozialem Inhalt“, von dem Aufhäuser nicht genug in begeisterten Redewendungen dem Kongress etwas vorschwärmen konnte. Aufhäuser sprach dann über eine Reihe sozialpolitischer Fragen, wobei er mit besonderer Betonung hervorhob, daß der Afa-Bund die ihm nahestehenden Ab-

geordneten beauftragt hätte, gegen den kommunistischen Antrag auf Verlegung des Schlichtungswesens zu stimmen. Das Schlichtungswesen müsse allerdings in verschiedenen Punkten verbessert werden. Ueber Tarif- und Gehaltskämpfe hatte Aufhäuser dem Kongress nichts zu sagen. Wie in dem gedruckten Geschäftsbericht wurden diese lebenswichtigen Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes nur ganz nebenbei angetippt.

Den beiden Referaten entsprechend war auch die Diskussion. Es sprachen nur wohlbesetzte Bänke der Afa-Gewerkschaften. Kennzeichnend war besonders, daß Schröder vom Afa in seiner Begrüßung der vom Afa-Bundesvorstand zur Frage des Schutzes der älteren Angestellten eingebrachten Entschließung nichts mehr von einem Einschränkungswang für die Unternehmer wissen wollte. Auch in der Entschließung ist nicht mehr davon die Rede. Wahrscheinlich hat Herr Wissell abgewinkt. Noch 1926 hat der Afa-Bund einen solchen Einschränkungswang gefordert. Schröder sprach dann auch über die Notgemeinschaften und erklärte, daß man sie bekämpfen müsse. Nur scheint Herrn Schröder nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß man die Notgemeinschaften der älteren Angestellten mit einer Rede auf dem Afa-Bundeskongress nicht bekämpfen kann, sondern nur dadurch, daß man sich wirklich um die Angestellten kümmert und nicht mit einer Handbewegung über diese unorganisierte Masse hinweggeht.

Schon der erste Tag des Afa-Kongresses hat also gezeigt, daß auch dieser Kongress die Aufgabe hat, die freigewerkschaftlich organisierte Angestelltenschaft in den Dienst der Koalitionspolitik der Sozialdemokratie zu stellen. Auch für den Afa-Kongress lautet die Parole: Nicht Klassenkampf, sondern „Wirtschaftsdemokratie“ um jeden Preis!

Lächerliche Ausschlußgründe im DMB.

Der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Eilen des DMB, Weimann, hat allen Mitgliedern, die über eine Resolution zum Panzerkreuzerbau abstimmen ließen, mit „statutarischen Folgen“ gedroht. In Eilenkirchen ist gegen den Genossen Schmitz ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden, weil er in einer Versammlung über eine Resolution abstimmen ließ, die zum Panzerkreuzerbau Stellung nahm.

Der Hauptvorstand des DMB hat gegen den Genossen Jodel ein Ausschlußverfahren eingeleitet, weil er in Form einer eingebrachten Resolution den DMB-Verbandsrat „beleidigt“ habe. Ein solches Verfahren, um oppositionelle Kollegen auszuschließen.

Der Ausschlußterror im DMB wird auf die Spitze getrieben! Metallarbeiter, legt euch zur Wehr! Es geht um die Einheit eurer Organisation!

Generalversammlung des DMB. Stuttgart gegen die Ausschlußoffensive

Dieser Tage fand in Stuttgart die Vierteljahresversammlung des DMB, Verwaltungsstelle Stuttgart, statt. Die sozialdemokratischen Spalter erlitten eine vernichtende Niederlage. Der Besuch war außerordentlich stark. Die Galerie war angefüllt mit Kollegen aus den Betrieben, die als Zuhörer an der Versammlung teilnahmen.

Die Generalversammlung gestaltete sich zu einer wichtigen Protestkundgebung gegen die herausfordernde Ausschlußoffensive, die von der SPD-Fraktion, unter Führung Braumüllers, Handtes von dem Büro des Hauptvorstandes aus gegen die oppositionelle Ortsverwaltung Stuttgart eingeleitet worden ist.

In der Diskussion spielte der von den Reformisten geplante Ausschluß des Genossen Kraus die hauptsächlichste Rolle. Braumüller, der Leiter der Jugendabteilung beim Hauptvorstand, leistete sich aber-

mals die größten provokatorischen Frechheiten, die in der Versammlung einen Sturm der Entrüstung auslösten. Oppositionelle Redner brachten leidenschaftlich zum Ausdruck, daß die Stuttgarter Metallarbeiterchaft über den verschärfsten Nachschuß gegen die Opposition ungeheurer Empörung ist und geschlossenen Widerstand gegen die Verschlagung der Organisation leisten wird. Eine gegen die reformistische Ausschlußaktion gerichtete Protestresolution wurde gegen nur 22 Stimmen angenommen. Viele sozialdemokratische Delegierte stimmten für die Resolution.

Auch die Funktionäre von Bosch protestierten in einer Sitzung aufs schärfste gegen die Ausschlußoffensive und schickten eine Delegation zum Hauptvorstand.

Vor einem Streit der Breslauer Bauanschläger

Am Dienstagabend hat eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Breslauer Bauanschläger gegen die Verschleppungspolitik der Innung Stellung genommen und in scharfer Weise die Verschleppung der Erledigung des Vertrages geißelt. Eine Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die Bauanschläger sind außerst entrüstet, daß die Zersetzungsinnung sich weigert, die Unterschrift zum durchgehenden Akkord- und Lohnvertrag der Bauanschläger zu geben, obwohl sie einen Vertreter zu den Verhandlungen gestellt hat. Die Bauanschläger beschließen, falls bis zum Freitag, dem 5. Oktober, die Unterschrift nicht geleistet ist, am Montag, dem 8. Oktober, in allen Bauischlärerien, die der Zersetzungsinnung angehören, die Arbeit nicht aufzunehmen.“

Weiter ist beschlossen, Sonnabend 16 Uhr im Gewerkschaftshaus im Zimmer 7/8 für alle Bauischlärerien, die Anschläger beschäftigen, eine Bauanschlägerversammlung durchzuführen.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 29. 9. bis Freitag, den 5. 10. täglich 20 Uhr
Der lebende Leichnam von Leo Tolstoi
Sonnabend, 6. 10., 20 Uhr
Uraufführung
Eine kleine Sünde von Andre Strabescu

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 29. 9. bis Sonnabend, den 6. 10. täglich 20 Uhr
Der Prozeß Mary Dugan von Bayard Veiller

Stadt-Theater Breslau

Schauspielhaus Operettenbühne Breslau

Telephon Nr. 34300
Täglich 20 Uhr:
Der köstliche Geizhals - Erfolg
Prinzessin II-II-Pa
Sonntag 15.30 Uhr
Die Förster-Christel

(Opernhaus)
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 3
In vollständiger Reminiscierung
Der Barbier von Sevilla
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 3
Madame Butterfly
Freitag, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 3
Die Zauberflöte
Sonnabend, 20 Uhr
Cavalleria rusticana
Hierauf:
Der Bajazzo
Sonntag, 20 Uhr
Die beste Braut

Kaufhaus Goldnes Zepher

Breslau, Klosterstraße 47
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Wäsche, Strümpfe
Krikotagen — Herren-Artikel

Lanz-Fahrräder

Das Qualitäts-Rad für Sport und Beruf
10 Mk. Anzahlung, 3 Mk. wöch. Abzahlung
Besichtigung unserer Ausstellung 4 bis 6
Max Adam, Klosterstraße 30 32
Vorwerkstraße 18

Es ist unwarh:

daß die „Schönste Schau zweier Welten“ länger als bis Sonntag in Breslau bleiben wird! Es ist auch unwarh, daß es zu den letzten Vorstellungen keine Karten mehr gibt!

Absolut warh ist vielmehr:

Nur noch 4 Abendvorstellungen: Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag, 7.30 Uhr.

Nur noch 2 Nachm.-Vorstell.: Sonnabend und Sonntag, 3 Uhr
Kinder halbe Preise von 2 Mk. aufwärts.

Nur noch eine Tierschau mit Massenkoncert und Indianervorstellung: Sonntag 11—1 Uhr
Karten aller Preislagen noch reichlich vorhanden!

SARRASANI

Direkt aus der Fabrik

„unser berühmter alter
Breslauer 35“ p. Ltr. M. 2.10
Weinbrandverschchnitt 2.80
la 38% per Liter M. 2.80
Himbeerjast per Ltr. M. 1.40
1 Liter = 2 1/2 Pfund
Blutroter Südwain
kräftig u. süß, per Ltr. M. 1.25
Sämtliche Liköre und Weine zu unübertroffenen Preisen

Herzberg & Co.

Spitzenstraße 48, Blücherplatz 17/18
Büchelstraße 3, Klosterstraße 61,
Friedrichstraße 10, Seelenstraße 17

Plötzlich und unerwartet verschied am 30. 9. die Frau des Kameraden Hermann John

Frau Martha John geb. Liebner

im Alter von 39 Jahren, infolge der Geburt ihres zehnten Kindes. Sie hinterläßt fünf unerzogene Kinder.

Dies zeigt in tiefstem Schmerz an
Breslau, den 4. Oktober 1928

Hermann John

nebst Kindern

Stadttell I, Ost, KPD., Abteilung I, RFB.

Beerdigung heute nachmittags 2 Uhr, von der Universitätsklinik, Marxstraße, nach dem Zentralfriedhof, Oswitz, Tor 6.

Wintermäntel



Joppen mit warm. Futter
Berren-Bekleidung aller Art, preiswert u. gut
Erich Heckele
Friedr. Wilm-Str. 76

Prachtvolle blutfrische Grüne Heringe

26 Pf. nur



Bohrner Str. 2, Schmiedebrücke 19 (rechts v. Ring aus), Neue Schweidnitzer Str. 5 a, Andersensstraße 2
Legnitz, Bre-lauer Straße 27

Neu hinzugekommen
Gräbshener Straße 6
Seelachs, Kabeljau
Goldbars u. Schelfisch

Deine Einkäufe

mache bei Inserenten dieser Zeitung
Die anderen wollen dein Geld nicht

Möbel

Küchen, komplett, 7-teilig
Schranke, poliert, 2-türig
Ausziehtische, polierte Stühle
Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflege-
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel
Biener & Dührig
Stühle und Möbel / en detail, en gros
Marthasstr. 107 u. Weinbergsweg 10/20

Leder — Schäfte — Bedarfs-Artikel
Lederhandlung
Max Wallasch, Frankfurter Str. 122

Elektrische

Beleuchtungskörper, Heiz- und Koch-Apparate
Installations-Materialien
Licht- u. Kraft-Anlagen
Radio
Elektro-Montage-Ges.
H. B. H.
Görlitz, Berliner Straße 60
Telephon 145

Antl. Bekanntmachung von Seitendorf

Personenstandsaufnahme 1928
Am 10. Oktober 1928 findet eine allgemeine Personenstandsaufnahme statt, welche im steuerlichen Interesse festgesetzt worden ist. Die Haushaltungslisten und Betriebsblätter werden den Hausbesitzern und Gewerbetreibenden am 8. Oktober zugestellt werden
Seitendorf, den 3. Oktober 1928
Der Gemeindevorsteher
Sartwig

Der erste Tag der Einzelmung

Geschäftiges Leben entwickelte sich gestern vormittag an einigen Schulhäusern der Stadt Breslau. Belebten sonst Kindercharen den Hof, so waren es gestern Erwachsene, die dort vorsprachen, um ihre Stimme zu erheben gegen das verbrecherische Treiben der deutschen Bourgeoisie...

Nicht nur für die Mitglieder der Partei und den mit uns sympathisierenden Organisationen, sondern auch für jeden Leser unserer Zeitung, für jeden Klassenbewußten Arbeiter steht noch eine schwere Aufgabe bevor. Es heißt alle die Launen und Stimmungen aufzuklären, die da stets sagen: „Auf eine Stimme kommt es nicht so genau darauf an.“

Heraus daher zur Einzelmung!

Der erste Stoß gegen den Panzerkreuzer

Der Stadteil Nord rief am Mittwoch alle Erwerbslosen zur geschlossenen Eintragung für das Volksbegehren auf. Gegen 11 Uhr begann der Propagandaumzug nach der Sternstraße, um die Erwerbslosen zu sammeln. Am ersten Tag war die Beteiligung noch schwach...

Wo bleibt die Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung?

Von der Stadtverordnetenversammlung wurde bereits im Juli d. J. beschloffen, ab 1. Oktober eine Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung um 10 Prozent eintreten zu lassen. Wie und von verschiedenen Wohlfahrtsunterstützungsempfängern nun mitgeteilt wird, sind am 1. Oktober nur die alten Sätze ausgezahlt worden.

Sozialdemokrat Eggers führt nach Rußland

Paul Eggers, der erste Vorsitzende der Breslauer Volksbühne, ist von der Staatsakademie der Künste in Moskau eingeladen worden, an dem 30-jährigen Jubiläum des — seit seiner Gründung unter Leitung von Stanislawski stehenden — Moskauer Kunsttheaters am 27. Oktober d. J. in Moskau teilzunehmen.

Die Zielkarten der Straßenbahn abgelehnt

Der Antrag des Magistrats, an Stelle der bisherigen Streckenkarten und Doppelstreckenkarten der Straßenbahn neue Monatskarten einzuführen, die für ein bestimmtes Ziel gelten, auch wenn es nur durch mehrmaliges Umsteigen erreicht werden kann, sogenannte Zielkarten, wurde von der Stadtverordnetenversammlung dem Stadthaushaltsausschuß überwiesen.

Das neue Arbeitsamt Breslau

Vom Arbeitsamt Breslau wird uns geschrieben: Der Präsident des Landesarbeitsamtes Schiefen hat gemäß § 221 Absatz 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 10. 7. 1927 die öffentlichen Arbeitsnachweise im Bezirke des Landesarbeitsamtes Schiefen mit Wirkung vom 1. 10. 1928 in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingegliedert.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Breslau:
Stadteil Nord. Sämtliche erwerbslosen Kameraden, Parteimitglieder und Sympathisierenden erscheinen Freitag vorm. 9 Uhr bei Schneider, Rosenstraße.

Das Schicksal eines Kriegsfreiwilligen

Vor dem Schöffengericht hatte sich der 28 Jahre alte Kaufmann Erwin S. wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu verantworten. Das Schicksal des S. ist typisch für die durch den Krieg entwürzelten Existenzen. S., der Sohn eines Metzgers, meldet sich bei Ausbruch des Krieges als Kriegsfreiwilliger und soll auch das Eisenerkreuz 1. Klasse erhalten haben.

Die vorgekaupte Ehefrau

Wegen intellektueller Urkundenfälschung, Betrugs und falscher eidesstattlicher Versicherung lautete die Anklage, wegen der sich der Kaffeehändler M. und die verehelichte Z. vor dem Gericht zu verantworten hatten. Auch dieser Fall ist einer von denen, die ihren Ursprung dem Kriege verdanken.

mar. Mit der vorläufigen Wahrnehmung des Amtes des Vorsitzenden ist Herr Bürgermeister Bauer, Krieg, und als stellvertretender Vorsitzender Herr Architekt Krause, Breslau, beauftragt worden.

Protestversammlung gegen einen neuen amerikanischen Justizmord

Gegen die Verurteilung der Arbeiterführer Rooney und Willing zum Tode ruft die Arbeiter-Union für Sonntagvormittag 10 Uhr in die Zentralballsäle zu einer Protestversammlung auf. In dieser Versammlung soll ein Verteidigungskomitee unter Beteiligung aller linken Arbeiterorganisationen gebildet werden.

Erstochen aufgefunden wurde im Giechewäldchen am Oberdamm, 150 Meter vom Dominium Bischofswalde entfernt, ein unbekannter etwa 25 Jahre alter Mann, der sich mit einem Revolvergeschuß in die Schläfe geladet hat. Neben der Leiche wurde eine Rauferpistole mit drei Schuß Munition gefunden.

Zusammenstoß. In der Frankfurter Straße stießen ein Personenauto und der auf seinem Rade fahrende Schlosser Richard König, Höfchenstraße 82, zusammen. Der Radfahrer wurde zu Boden geschleudert und verletzt, so daß er mit dem Auto ins Allerheiligen-Hospital gebracht werden mußte.

Beide Beine abgerissen. Ein tödlicher Unfall ereignete sich in den Werkstätten der Altverwertungsstelle von Schweizer und Feilbesohn auf der Märkischen Straße 10/12. Hier war der Berliner Straße 26 wohnende Arbeiter August Zeisbrich damit beschäftigt, alte, unbrauchbar gewordene Benzolkanister mit Hilfe eines autogenen Schweißapparates zu zerlegen.

Die städtischen Volksbüchereien und Leseshallen sind von Montag, den 8., bis einschließlich Mittwoch, den 10. d. M., abends wegen Reinigung geschlossen. Die Wiedereröffnung der Büchereien erfolgt Donnerstag 12 Uhr, die der Leseshallen Donnerstag 16 Uhr.

„Brennoli“ (Breslauer Notstandsübungen). Wir weisen hiermit auf die am Donnerstag, dem 4. Oktober, stattfindende Vorstellung unserer erwerbslosen Bühnenkünstler hin, welche in den „Zentral-Ballsälen“, Westendstraße 50/52, stattfinden.

Arbeiterfrauen und Männer der Südvorstadt
Während des Volksbegehrens ist vom Stadteil 4 unser Propagandaofiz bei Janke, Friedrichstraße 41, festgelegt. Jedes Mitglied der Partei, des RFB und der Jugend hat sich in seiner verfügbaren Zeit von 9—20 Uhr jeden Tag zur Verfügung zu stellen.

und lernte dort die 3. gelegentlich kennen. Aus dem Bekannteren entspann sich mit der Zeit eine engere Verbindung, um so mehr als die 3. erzählte, daß ihr Mann im Kriege gefallen sei. Erst später erfuhr M., daß der Ehemann der 3. gar nicht gefallen sei, sondern nur von seiner Frau getrennt lebt. Aber das hat der Verbindung keinen Abbruch.

Wieder einmal Hausdurchsuchung in der Buchhandlung

Gestern vormittag erhielt die Arbeiterbuchhandlung, Feldstraße 60, wieder einmal den Besuch von zwei Kriminalbeamten, die nach der Broschüre des Genossen Fröhlich, „Sein Jahrgang“, hausuchten. Gefunden wurde nichts.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau
Gruppe Nord. Donnerstag Heimabend bei Schneider, Rosenstraße, Ecke Oststraße. Gäste willkommen.

Jung-Sozialist-Bund

Breslau
Alle Ortsgruppen senden sofort vom vergangenen Monat die Berichtsbogen an das Landesbüro.
Velterkung Freitag 20 Uhr bei Wagner, Messergasse.

Noter Frontkämpfer-Bund

Breslau
Abt. 2. Freitag von 18,30 bis 20 Uhr Plakonzert, Hirschstraße, Ecke Schellinger Straße.
Sonntag Sämtliche Kameraden um 9 Uhr bei Wöner, Uferstraße.

Sonstige Organisationen

Breslau
Internationaler Bund der Kriegsoffer. Freitag 19,30 Uhr Versammlung; Gauleiter anwesend. Lokal Ursulinerstraße 21.
Steinarbeiter. Sektion Ler Steinmeyer. Donnerstag 19,30 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.

Ausstellung eines Sarrazani-Modells im Schaufenster der Hapag.

Im Schaufenster der Hamburg-Amerika-Linie, Gartenstraße, ist ein interessantes Modell der Sarrazani-Schau aufgestellt, das von dem Oberbauschiffers Fuchs in allen Einzelheiten naturgetreu, im Maßstab 1:100 angefertigt wurde und von Direktor Stöck-Sarrazani dem Hirkus-Museum zu Leningrad zur Ausstellung zur Verfügung gestellt wird.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Heut Donnerstag u. morgen Freitag, den 5. Okt. 17 und 20 Uhr — Jugend verboten
Ein Liebesabenteuer im Kaukasus
„Der 41.“
Reichhalt. Beiprogramm: „Land der 1000 Freuden“, „Eine mod. Landwirtschaft“, „Diener f. alles“, „Sprucewald II. Teil“

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot

doch das Beste

Waldenburger Bergland

Der Erzpriester Peilert, die Grubenbarone und die Waldenburger Bergarbeiter

Wie das Waldenburger Organ der Grubenbarone, das „Neue Tageblatt“, berichtet, ist der Erzpriester Peilert, Pfarrer an der katholischen Kirche in Nieder-Hermdorf nach Waldenburg als Chef der Pfarrgemeinde „Zu den hl. Schutzengeln“ versetzt worden. Er ist also avanciert. Warum er befördert worden ist, das erzählt uns das „Neue Tageblatt“ in sehr offener Weise. Anlässlich seiner Versetzung bereitete die Kirchengemeinde Nieder-Hermdorf diesem „verdientvollen“ Manne eine großartige Abschiedsfeier. Vertreten waren: das Grubenkapital durch einen Steiger, die Gemeinde durch Bürgermeister Klinger. Außerdem waren diejenigen da, die nie alle werden: die Armen im Geiste. Der Kaplan Jungnickel aus Görlitz, ein früherer Kollege des Erzpriesters Peilert, eilte herbei, um seinem ehemaligen Pfarrer „zu Verzeihen gehende Abschiedsworte zuzurufen“. Dieses Pfaffenkind Jungnickel rühmte seinem Herrn und Meister unter anderem folgendes nach:

„Zehn Jahre lang war der Scheidende hier ein leuchtendes Vorbild treuester Pflichterfüllung. Als sich im November 1918 eine Flut von Haß und Unglauben durchs Land wälzte, da wurde Pater Peilert von seinem Bischof hierher geschickt, um die Arbeit in vorderster Kampflinie, auf scheinbar verlorenem Boden aufzunehmen. Bei seiner ersten Predigt belebte er sich nicht der Phrasen und schönen Redensarten, sondern er bezeichnete als sein Programm Jesus, von dem alle Kraft und aller Segen ausgeht. Durch Gebet und Kreuztragen gelang es dem neuen Pfarrer, die Menschen für seine Ideen zu begeistern. Den größten Wert legte er auf das Männerkapital und den Männerverein. Während am ersten Weihnachtstag nur 40 Männer auf der Kommunionsbank erschienen, waren es beim letzten Fest 700 Männer. Die schwerste Arbeit war wohl die rastlose Arbeit für die Jugend- und Jungfrauenvereine-

gungen. Durch ein Netz von apostolisch gesinnten Männern und Frauen ist in der Hausbesorge reicher Segen erwachsen. Auch im politischen und sozialen Leben hat der Priester viel aber eifrig gewirkt, so daß Gemeindefürsorge und Grubenverwaltungen gar bald einsahen, wie die Menschen mit ihrem Lebensschicksal und ihrer Lebensnot zu leiden wurden.“

Wie die Menschen mit ihrem Lebensschicksal und ihrer Lebensnot zu leiden würden, das haben die Grubenbarone und Gemeindefürsorge bald eingesehen, und diese fromme Erzgestalt bekam für ihre Dienste ihren Lohn. Herr Kaplan Jungnickel sagte es mit dünnen Worten: Auf die nimmermüde Arbeit wurde Kardinal Bertram bald aufmerksam: der kleine Pfarrer wurde zum Erzpriester ernannt und aufgefordert, sich um die Pfarrei Waldenburg zu bewerben, und kurz darauf trat die Berufung nach Waldenburg ein. Er sagte dann noch, daß man bei seinem Weggang nicht klagen solle, sondern zu Gott beten, daß er seine Arbeit weiterhin segnen möge. Im Bericht steht dann: „Hierauf folgte tonförmig das Allegro von Mozart.“ Eigentlich sollte hierauf nicht ein „tonförmiges Allegro von Mozart“ folgen, sondern ein Allegro furioso von Arbeiterkämpfen, die die beiden offenerhitzigen Pfaffen zum Tempel hinausfeuern mußten. Bis sie mit ihrem „Lebensschicksal“ und ihrer Lebensnot zufrieden wurden, so lange hat er im Hermdorf gewirkt, und soll nun in Waldenburg mit „Gottes Segen“ und dem der Grubenbarone und des Herrn Bürgermeisters weiter wirken, auf daß die Grubenarbeiter und Erwerbslosen zufrieden werden mit ihrer Lebensnot und ihrem Schicksal, das da heißt: Schlechte Wohnungen, Lungen- und Tuberkulose, Unterernährung, Hungerlohn und arbeiten bis zum Verrecken zum Wohle der Grubenbarone, der Pfaffen und des kapitalistischen Staates.

Bergarbeiter, ihr seid dabei, ihnen die richtige Antwort zu geben! Haltet durch!

Schweidnitz

Die Arbeiter-Operantillen veranstalten am 7. Oktober von 8 bis 17 Uhr in der „Stadt-Reichenbach“ eine Esperanto-Ausstellung. Um 10.30 Uhr findet ein Vortrag statt: „Esperanto, die zweite Muttersprache für alle.“ Eintritt frei. Mitteilungen über Lehrmittel und Kurse werden im Ausstellungsraum gegeben werden.

Königszell

Die Einzelnungslisten zum Volksbegehren liegen im Gemeindefürsorgeamt. Jeder Zeitungsliefer ist verpflichtet, sich noch in dieser Woche nebst seinen Angehörigen und Bekannten einzutragen. Parteimitglieder, Sportgenossen! Für Sonntag brauchen wir noch eine ganze Menge Genossen, die sich zwecks Landpropaganda und zur Verfügung stellen. Weibung bei den bekannten Genossen.

Die Vorkaufsabril im Zeichen der Nationalisierung. Wenn die Nationalisierung überall fortgeschritten, so kann auch die Zeitung obiger Firma nicht zurückstehen, obwohl vorher schon die Zeitung eines jeden Arbeiters auf die Spitze getrieben war. Mit was für Methoden zu Werke gegangen wird, das können wir nicht nur „atemberaubend gebildete“ Leute verstehen. Das A und O ihrer Ansicht ist: Wir sind die Herren und ihr die Knechte, was wir bestimmen, wird gemacht! Die Vertreter der Arbeiterschaft möchten sie am liebsten ganz an die Wand brühen, und die Gewerkschaftsfunktionäre zu jeder Tageszeit auf die Straße werfen. Kürzlich leistete sich der „Herr“ eine besondere Frechheit, indem er sagte: „Ich schmeiß die ganze Bande hinaus!“ So, ihr Arbeiter, da habt ihr's! Als Arbeiter glauben wir aber sagen zu können, daß jede „Bande“ einen Ober-Banditen braucht, und damit scheint sich der gute Mann selbst getroffen zu haben. Bei allen Kapitalisten ist der Weisheit letzter Schluß — Entlassung. An jede Männerarbeitsstelle ein junges starkes Mädel, mit dem sie machen können, was ihnen beliebt. Ihr noch Abseitsstehenden, schließt euch der Gewerkschaft an und buhlet nicht, daß ein Herr Krauß die gewerkschaftlich Organisierten als „Schweinfässer“ und „Mädler“ bezeichnet und die anderen als „Brennflügel“. Brennflügel deshalb, weil er mit denen machen kann, was ihm gefällt. Arbeiter, laßt euch nicht die Köpfe verwirren! Lebt die „Arbeiter-Zeitung“, werdet Mitglieder der SPD. und ihr werdet erkennen, daß wir mit der heutigen Staatsform nicht mehr zufrieden sein können und wir uns ein Arbeiter-Deutschland erkämpfen müssen!

Morgen, Freitag 17 Uhr, „Edelstein“, Waldenburg

wichtige

Parteiarbeiter-Konferenz

an der besonders die freitenden Genossen teilnehmen müssen. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Sobottka-Berlin

Groß-Waldenburg

Achtung, Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!

Freitag 20 Uhr im „Eisernen Kreuz“, Altmaier, Kundgebung gegen Panzerkreuzer, für Volksschule. „Roter Hummel“ der Agitproptruppe des SPD. Junge und erwachsene Arbeiter, erscheint in Massen!

Der Weichener Bevölkerung nochmals zur Kenntnis, daß der neue Lehrkurs über erste Hilfe bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen am Sonntag, dem 7. d. M., 13 Uhr im Feuerdepot beginnt. Interessen werden gebeten, sich dort einzufinden.

Essentielle Versammlung in Friedland Freitag 19.30 Uhr im „Weichen Hof“. Referent ist der Gauführer des SPD., Genosse Stellen-Breslau. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Oberes Revier

Achtung, Gottesberger Genossen!

Für alle Parteigenossen, SPD-Kameraden und Mitglieder der Roten Hilfe findet kommenden Sonntag ein Wettbewerb für das Volksbegehren statt. Allen wird es zur Pflicht gemacht, pünktlich um 13 Uhr beim Schützenhaus zur Stelle zu sein.

Freiburg

„Die Trommler“ kommen!

Die Parteileitung hat für Sonntag, den 7. d. M., die beliebte Arbeiter-Schauspielertruppe „Die Trommler“ zu einem Gastspiel

Jauer

Geraus zur öffentlichen Versammlung!

Sonnabend 20 Uhr findet im „Grünen Acker“ eine öffentliche Versammlung der kommunistischen Partei statt, die sich mit dem Volksbegehren beschäftigen wird. Zahlreicher Besuch wird erwartet!

Dem Tode entgangen. In Pommern war beim Stellmachermeister Romak ein Stubenbrand durch Funken entstanden, die aus dem Ofen in umherliegende Hobelpläne gefallen waren. Ein Besucher, der auf sein Klopfen keine Antwort bekam, aber den Brandgeruch bemerkte, öffnete darauf selbst die Tür und fand in dem Qualm ein Kind in seinem Wagen. Er rettete es und alarmierte die in anderen Räumen befindlichen Bewohner, die sofort die drohende Gefahr durch Löschen des Feuers abwendeten.

Blumenau selbständiger Amtsbezirk. In der Sitzung der Gemeindevertretung wurde als einziger Punkt Beschluß gefaßt über den Antrag auf Erklärung der Gemeinde Blumenau als Amtsbezirk. Das wurde einstimmig beschlossen.

Niederschlesien

Görlitz

Auf zur Eintragung!

Die kommunistische Partei und der Rote Frontkämpferbund Ortsgruppe Görlitz fordern alle Mitglieder, ebenso alle die Organisationen, welche sich am Volksbegehren beteiligen wollen, und die sympathisierende Arbeiterschaft auf, sich am Sonnabend, dem 6. Oktober, 18 Uhr, auf dem Nikolaigraben zu sammeln, um in geschlossener Demonstration zu den Eintragungstafeln zu marschieren. Der SPD. tritt ohne Instrumente an.

SPD. Ortsgruppe Görlitz. RFB. Ortsgruppe Görlitz.

Ein Jahr Zuchthaus für einen Meineid wegen 15 Pfennig! Vor dem Schwurgericht war der Arbeiter Oswald E. wegen Meineids angeklagt. Der Angeklagte hatte sich an einem Sonntag bei einem Freizeur rauchen lassen, und gegen den Freizeur war ein Verfahren wegen des Arbeitens am Sonntag eingeleitet worden. Er hatte ausgesetzt, an den Freizeur nichts bezahlt zu haben, obgleich er fünfzehn Pfennig auf den Tisch gelegt hatte, ohne sie aber direkt dem Freizeur zu geben. Der Angeklagte hatte bei den verschiedenen Vernehmungen einander widersprechende Auslagen gemacht. Das Gericht kam zu der überaus harten Strafe von einem Jahre Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust.

Autounfall. In Ebersbach fuhr ein Görlitzer Geschäftswagen auf ein anderes mangelhaft beschriebenes Auto auf. Der Führer des Görlitzer Autos trug schwere Schnittwunden im Gesicht davon.

Uegnit

Arbeitsblätter für das Volksbegehren in Uegnit.

Donnerstag, 6. Oktober: Antreten aller Organisationen um 18 Uhr am Margaretenplatz.

Sonntag, 7. Oktober: Stadtpropaganda.

Montag, 8. Oktober: Antreten aller Organisationen an der Hedwigshaus um 18 Uhr.

Mittwoch, 10. Oktober: Antreten Friedrichsplatz.

Freitag, 12. Oktober: Große öffentliche Versammlung im „Wintergarten“.

Sonntag, 14. Oktober: Landpropaganda auf zwei Lastautos. Alles erscheint am Friedrichsplatz um 7 Uhr.

Montag, 15. Oktober: Letzte Stadtpropaganda. Antreten Friedrichsplatz um 18 Uhr.

Dem Komitee für Volksbegehren für den NB-Uegnit gehören folgende Genossen an: Herr, SPD, König, SPD, Schur, SPD, Herr, SPD, Schmidt, RFB, Müller, RFB, Neumann, RFB. Alle Fragen sind an diese Genossen zu richten.

Ein gutes Beispiel. Genossen, das Volksbegehren erfordert große Ausgaben. Darum müssen sich alle Parteigenossen und RFB-Kameraden am Sammelstellen beteiligen. Macht es dem Kolporteur Kuh nach, der bis jetzt schon 16,95 Mark abgerechnet hat. Sammelstellen und Marken sind beim Parteikassierer zu haben und dort bald abzurufen.

Am Sonntag, dem 7. Oktober, findet die Untergang-Lehrungsstunde der Schalmeyenkapellen statt. Verbunden damit eine Demonstration und Propaganda für das Volksbegehren. Alle Parteigenossen müssen sich unbedingt daran beteiligen!

Große öffentliche Volksversammlung in Hirschberg

Morgen Freitag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im „Berliner Hof“. Thema: „Das Volksbegehren und die Arbeiterkass!“ Ref.: Genosse Wollweber, M. d. L.

Arbeiter, Angehörige, erscheint in Massen!

Grünberger Auslese

Stadttrat Jabisch redet am Viertisch.

Unter diesem Stichwort versucht man unseren Genossen Jabisch bei der Arbeiterschaft in Mißkredit zu bringen. Der Genosse Jabisch schreibt uns hierzu folgendes:

Anlässlich eines Kinderfestes weilte ich mit meiner Familie in Luisenthal und traf dabei Herrn Rieschall. Mir war von verschiedenen Seiten die Aufforderung zugegangen, einen Bericht über den Hühnerbetrieb an die „Arbeiter-Zeitung“ weiterzuleiten. Da ich keinerlei Unwahrheiten weitergeben wollte, und auch der Sache keinen richtigen Glauben schenkte, hielt ich es für meine Pflicht, Herrn Rieschall, der Leiter der „Arbeiter-Zeitung“ ist, darüber zu befragen. Derselbe erklärte mir, an diesen Gerüchten sei kein wahres Wort. Daraufhin erwiderte ich Herrn Rieschall: „Na, wenn man gegen Sie derartige Sachen aufbringt, die nicht wahr sind, müssen Sie eben viel Feinde haben. Nach einer kurzen Ausstrahlung von nur fünf Minuten habe ich den sogenannten Viertisch verlassen. Von bestimmten Gewährsmännern habe ich Herrn Rieschall nichts geäußert, sondern ich es nur eine Vermutung seinerseits gewesen. Drei Tage später wurde mir von Bürgermeister Lemme benanntes Schreiben zur Kaugerung überhandt. Ich bin unter Zeugen bei Herrn Rieschall vorstellig geworden und habe ihn ersucht, mir Aufklärung über benanntes Schreiben zu geben, andernfalls ich gerichtliche Klärung dieser Angelegenheit beschaffen würde. Herr Rieschall erklärte hierauf, ihm wäre von Magistratsseite aus mitgeteilt worden, ich hätte in einer Magistratsbesprechung sehr gegen seinen Betrieb gesprochen, und aus diesen Gründen hätte er sich veranlaßt gefühlt, das Schreiben abzugeben. Nachdem ich Herrn Rieschall erklärt hatte, daß überhaupt in der Sitzung sein Lokal nicht besprochen worden sei, hat Herr Rieschall das gegen mich gerichtete Schreiben als einen Irrtum bezeichnet und zurückgenommen. Ich habe dem Bürgermeister Herrn Lemme darüber Bericht erstattet, und ist diese Angelegenheit als erledigt zu den Akten gekommen. Ich habe nur noch zu erklären, daß ein gegen meine Person unternommener Vorstoß lächerlich zusammengebrochen ist. Der „Kollwitz“ soll lieber mal die Stadträte seiner Richtung, hauptsächlich die verflorenen, unter die Lupe nehmen, oder soll ich es tun? R. Jabisch.

Wir haben noch hinzuzufügen, daß man eben einen Obligatorien jagte, um die Part gegen die „Arbeiter-Zeitung“ abzuleiten. Zu dem Bericht im „Vollst.“, daß der Betrieb in den Grünberger Höhenlokalen irrtümlich ist, möchten wir bemerken, daß es auch noch

Hirschberg

Geraus zur Demonstration!

Am Freitag, dem 5. Oktober, treten sämtliche Kameraden und Parteigenossen um 18.30 Uhr auf der unteren Promenade zur Demonstration an. Um 20 Uhr öffentliche Versammlung im Berliner Hof, Thema:

„Gegen Panzerkreuzerbau, für Volksschule!“

Referent: Genosse Wollweber, Breslau.

Sonntag früh 7 Uhr treffen sich sämtliche Kameraden und Parteigenossen auf der unteren Promenade zur Landpropaganda. Keiner darf fehlen! Fahrräder sind mitzubringen.

Lokale in der Stadt mit weiblicher Bedienung gibt. Manche haben sogar zwei Kellnerinnen. Wenn man den Höhenlokalen die Konzeption entzieht, warum greift man da nicht allgemein durch? Man möchte fast der Meinung sein, man will einem SPD-Stadtrat nicht wehe tun, weil derselbe auch ein Lokal mit weiblicher Bedienung innehat. Wo bleibt hier die vielgerühmte Gerechtigkeit?

Koalition-Trio.

Zum Empfang des Retters waren auch einige SPD-Größen in Glogau erschienen, um ihrem Provinziallandtagsabgeordneten Schneider nichts schuldig zu bleiben. Auf dem Heimweg wollte es der Zufall, daß im selben Abteil ein Stahlhelmer, ein Kriegervereinler und ein Reichsbannermann zusammenkamen. Die beiden ersteren hatten sich aus Freude beim Anblick ihres Helmen ordentlich die Nase begossen. Nach längerer Unterhaltung bekam der Krieger den Stahlhelm zu fassen, und es wäre zur schönsten Schlägerei gekommen, wenn nicht der Reichsbannermann, ein hiesiger biederer Fleischermeister, mit seinen Fäusten die beiden „Teufelchen“ in Schach gehalten hätte. Was mag in deinem Innern, Reichsbannerkamerad, vorgegangen sein, als diese Helmen, Treutusch und Alenwege, so offensichtlich ihre Einigkeit zum Ausdruck brachten, und die doch auch so treue Bundesgenossen von Otto Hörsing sind?

Wer kauft die schönsten Semmeln?

In jeder Stadt sind, wie bekannt, auch Einrichtungen wie Altersheim usw., deren Inoffen verpflegt werden müssen. Nun hat so mancher Bädermeister, der Steuerzahler ist, gedacht, nun kann er sich mal was verdienen. Aber, o weh! Lieber Meister, du verstehst gewiß nicht solche Semmeln zu backen, wie sie vorgeschrieben sind im Gewicht, Qualität usw. Aber einer versteht es doch! Er kann ja auch ganz schöne Heben halten bei der Schlingengilde von „goldenen Wein“ und „Handwerk hat goldenen Boden“. Auch als Landtagslandwirt der Deutschen Volkspartei verstand er sein Mundwerk zu gebrauchen, bloß hat er dabei allen Parteien recht gegeben, und da hat ihn kein Mensch mehr ernstgenommen. Also, lieber Meister, warte noch ein Weilchen, dann kommst du vielleicht auch mal ran. Dafür gibt Fritz zum Trost wieder mal 'ne Lage. Wie man aus der letzten Stadtverordnetenversammlung entnehmen konnte, wird wohl die Stadt dem Chef der Junnung ein Diplom überreichen zum Dank, daß er sein Grundstück in so selbstloser Weise zur Verfügung gestellt hat. Ein Steuerzahler wie du.